Berlin, 25. November 1931
Nr. 20. Jahrg. 1931

Preis 10 Pfg.

Sozialistische Arbeiter-Zeitung

ZENTRALORGAN DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nach der Pleite des Wirtschaftsbeirates:

In der Sackgasse

Vorzeichen des völligen Wirtschaftszusammenbruchs / Die SPD hilflos

Sozialismus oder Barbarei!

* Berlin, 24. November.

Der Ausgang der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirats hat von neuem gezeigt, daß die bürgerliche Gesellschaft der Entwicklung ihres eigenen Wirtschaftssystems hilflos gegenübersteht. Die Regierung wußte sich wirtschaftlich nicht mehr zu helfen. Der Wirtschaftsbeirat sollte neue Wege weisen (wozu sind wir schließlich ein Volk der Dichter und Denker?), aber auch er konnte nicht leisten, was tatsächlich unmöglich geworden ist. Bedeutungsvoll ist jedoch ein anderes Ergebnis dieser Verhandlungen **des Wirtschaftsbeirats: In der Bourgeoisie** selbst setzt sich jetzt das Bewußtsein dieser Ausweglosigkeit immer klarer durch.

Am besten zeigt die völlige Kopflosigkeit des Bürgertums gegenüber der Krise der bürgerlichen Produktionsform der Kommentar des Hugenbergschen „Tag", der das Ergebnis der Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates in folgenden Sätzen zusammenfaßt:

„Die Steuern seien zu hoch. Wer wird dem nicht zustimmen? Aber ebenso steht doch fest, daß die Steuererträge hinter den Voranschlägen und hinter dem Ausgabenbedarf zurückbleiben. — Die öffentlichen Tarife müssen gesenkt werden. Sehr richtig! Aber die Reichsbahn hat schon mitgeteilt, daß eine Senkung der Personentarife und eine allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich ist, und bezüglich des Erfolges der Einwirkung auf die Kommunen bei Prüfung der Straßenbahn- und Werkstarife haben die Ergebnisse der Verhandlungen über die Verkehrspolitik der Berliner Verkehrs-Gesellschaft genügend ernüchternde Ausblicke und Erfahrungen geschaffen. — Eine Inflation wird abgelehnt, alle notwendigen Kreditmaßnahmen seien im Rahmen der Organisation der Reichsbank durchzuführen. Voraussetzung dafür sei die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen und die Wiederkehr des Vertrauens. Ja, war denn nicht die Aufgabe des Ausschusses, eben den Weg für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit und des Vertrauens zu finden?"

Trefflich gesprochen! Die Voraussetzung wird zur Folge gemacht und die erwünschte Folge zur Voraussetzung erhoben. Das Blatt einer bürgerlichen Richtung, die eine Aenderung der Regierung wünscht, sieht mit den Augen ihrer politischen Kritik recht scharf dieses tatsächliche Versagen. Aber über den Rahmen der bürgerlichen Welt hinaus kann es selbstverständlich nicht denken. So fährt der „Tag" fort: „Es ist der Rahmen einer Hoffnung, der gezeigt wird." Und hätte dabei doch sagen müssen: Es ist

der Rahmen völliger Hoffnungslosigkeit,

in dem sich das Spiel in und um den Wirtschaftsbeirat abgespielt hat. Aber das hieße schon der kapitalistischen Produktion und ihrer Gesellschaft das moralische Todesurteil zu sprechen.

Bis hart an die Grenze, die auf dem Wege dieses Denkens die innere Klassenverknüpftheit des Bürgertums mit der kapitalistischen Produktionsform zieht, dringt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vor, wenn sie bei der zusammenfassenden Betrachtung dieser Verhandlungen des Wirtschaftsbeirates erklärt: „Die Hemmungen, die sich für den einzelnen aus dem

Todeszug der Wirtschaft

ergaben, traten mächtig in die Erscheinung." Dieser Satz ist die Antwort auf die Frage, mit der unser Zitat aus dem „Tag" abschloß. Der „Tag" kann dies doch nicht zugeben, weil die Regierung mit Hugenberg die heutige Regierung ohne Hugenberg noch ablösen soll. Auch dies sieht die „DAZ", wenn sie am Schlusse ihres Leitartikels, der gleichzeitig dem Wirtschaftsbeirat und den bevorstehenden Reparationsverhandlungen gilt, sagt:

„Die Rechte hat, rein parteipolitisch betrachtet, nicht das geringste Interesse, sich schon gegenwärtig an der Reichsregierung zu beteiligen. Und zwar umso weniger, je klarer sie die Problematik der Tributfrage und der innerdeutschen Wirtschaftskrise erkennt."

Nur in einem täuscht sich die Rechte: wenn sie glaubt, daß die weitere Entwicklung von selbst wirtschaftliche Situationen bessern, wenn nicht gar klären wird. Die „Problematik der innerdeutschen Wirtschaftskrise" wird sich nicht abschwächen, sondern notwendig weiter grauenhaft zuspitzen.

Auch die finanzkapitalistische „Frankfurter Zeitung" liefert den Beweis, daß das deutsche Bürgertum heute, wo sein Wirtschaftssystem vor dem Zusammenbruch steht, allmählich Stück für Stück seine Gesetzmäßigkeit zu begreifen beginnt. In einem Artikel im Handelsblatt, der den Zusammenhang zwischen Diskontpolitik und Kreditkrise behandelt, heißt es: „In dieser Kreditkrise besteht nicht die Freiheit der Notenbankpolitik, wie in einer normalen Wirtschaftsdepression".

Wie konnte man sonst mit dem Brustton der Ueberzeugung sich selbst und der Welt einreden, daß die Eingriffe des Staatsapparates in das Finanzwesen — insbesondere auf dem Wege über die Diskontpolitik und verwandte Maßnahmen der Notenbank — den Ablauf der Krise regelten, das Verdienst für ihre Ueberwindung trügen! Niemals ist das richtig gewesen. Stets waren es die inneren Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktion selbst, die auf der Höhe der Kreditkrise die Voraussetzungen ihrer wirtschaftlichen Ueberwindung schufen. Bankpolitische Maßnahmen konnten stets nur eins: Die Konsequenzen aus einem bereits gegebenen gesellschaftlichen Zustand ziehen oder nicht ziehen, und damit der weiteren Entwicklung Steine aus dem Weg räumen oder neue Hemmnisse bereiten. Die wirtschaftliche Zwangsläufigkeit dieser Entwicklung schuf jene Illusion, die die Folgen zu Voraussetzungen stempelte; eine Illusion, der auch die sozialdemokratischen Wirtschaftstheoretiker restlos unterlegen sind.

Das durch die Entwicklung zum Monopolkapitalismus bedingte Versagen des kapitalistischen Krisenmechanismus hat diese Illusion ins Bewußtsein der Bourgeoisie gerückt. Früher als die Sozialdemokratie, die nach ihrer Geschichte zu ihrer Kritik berufen wäre, hat die Bourgeoisie selbst das gesehen. Gewiß begreift sie es nur als Teilproblem, ist unfähig, die prinzipielle Bedeutung, die Allgemeingültigkeit dieser Erkenntnis auch für frühere Krisen zu verstehen oder gar die Konsequenzen daraus zu ziehen.

Umso notwendiger ist es, daß die Arbeiterklasse ihrerseits die entscheidenden Konsequenzen zieht. Die völlige Ausweglosigkeit der wirtschaftlichen Situation liegt auf der Hand. Das Bürgertum kann wirtschaftlich nur noch Fragen stellen und keine Antworten mehr geben. Der Produktivkräfte, die es entfesselt hat, kann es nicht mehr Herr werden. Es begreift dies heute an diesem Teilproblem und morgen an jenem. Und dem Gesamtproblem gegenüber wächst die völlige Hoffnungslosigkeit in demselben Maße wie

der völlige Zusammenbruch des kapitalistischen Kreditsystems und damit das vollständige Wirtschaftschaos sichtbar näher rückt.

Der letzte Trumpf der Bourgeoisie: Die Hoffnung auf den faschistischen Terror, das ist nur die Hoffnung darauf, daß die Arbeiterklasse durch Gewalt außerstande gesetzt wird, ihren Weg der Lösung der Wirtschaftskrisis, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel mit den Machtmitteln eines auf der Klassenkraft des Proletariats aufgebauten Staates, durchzusetzen. An dem völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch selbst kann auch der faschistische Terror nichts ändern. Er kann nur das eine: daß dem Kapitalismus Zeit bleibt, durch eine grauenhafte Vernichtung der Produktivkräfte, deren er nicht mehr Herr wird, für einen gewaltig verengerten Kreis von Ausbeutern die Voraussetzung für neue Profitmacherei zu schaffen.

Sozialismus oder Barbarei —

immer schwerer wird das Gewicht dieser Frage, die heute auf der ganzen Menschheit lastet. Die Bourgeosie treibt teils hoffnungslos verzweifelnd, teils brutal drängend, immer tiefer in die Barbarei und steuert einer Katastrophe zu, die alles bisher Dagewesene weit übertreffen wird. Die Arbeiterklasse muß um ihres Lebens und Sterbens willen den Weg freimachen zum Sozialismus! Nur, wenn sie in den Besitz der Gesellschaft überführt werden, können die Produktivkräfte, die der Kapitalismus schuf, deren Gesetze er nie begriffen hat und die er heute nicht mehr zu meistern in der Lage ist, vor massenhafter Vernichtung geschützt und im Dienste der Menschheit wieder in Bewegung gesetzt werden!

Schutz für Kriegsindustrie

London, 23. November.

Im Unterhaus wurde ein Antrag der Opposition, das Farbstoffgesetz nicht weiter zu verlängern, ohne Abstimmung abgelehnt. Der Unterstaatssekretär im Handelsministerium, Hore Belisha, hatte darauf hingewiesen, daß infolge dieses Gesetzes Englands Farbenindustrie jetzt zu 90 vH. die Bedürfnisse des Landes decke, während vor dem Kriege nur eine sehr kleine Farbstoffindustrie in England vorhanden gewesen sei. (Die chemische Industrie ist, wohgemerkt, eine besonders wichtige Kriegsindustrie. Red.).

Milde Richter gibt's auch in Oesterreich. Das Bezirksgericht in Linz verurteilte den Heimwehrführer Fürst Starhemberg in einer Ehrenbeleidigungsklage des Vizekanzlers Schober wegen Verspottung und Schmähung desselben zu 200 Schilling Geldstrafe.

Nur „gesellschaftlich". Der italienische Außenminister Grandi besuchte am Montag Pierpont Morgan in seinem Heim in Lamont. Der Besuch, der etwa eine Stunde dauerte, soll rein gesellschaftlicher Natur gewesen sein.

In Fesseln

Die Lage der Sozialdemokratie ist wenig beneidenswert. Sie hat seit September 1930 versprochen, die Welle des Nationalsozialismus zu brechen. Das ist ihr nicht gelungen; im Gegenteil: die nationalsozialistische Welle ist gerade durch die sozialdemokratische Politik des Nichtstuns, des Abwartens und Paktierens mit den bürgerlichen Parteien, durch die Politik des Tolerierens also, weiter gewachsen.

Die Sozialdemokratie hat versprochen, die untragbaren Lasten der ersten Notverordnung, deretwegen sie sogar die Auflösung des Reichstages, Seite an Seite mit der nationalen und kommunistischen Opposition erzwang, zu beseitigen. Zunächst ganz! Dann war wenigstens von Milderung die Rede, von dem berühmten „Ausbrechen der Giftzähne". Aber ach! Der Schlange der Notverordnungen sind immer neue Häupter nachgewachsen, ohne daß es auch nur gelungen wäre, eines der Häupter abzuschlagen. Das Parlament wurde abgebaut und die Demokratie. Die Selbstverwaltung der Städte wurde durch Staatskommissare ersetzt. Die Grundrechte der Verfassung wurden außer Kraft gesetzt, und die Gewalt geht schon lange nicht mehr vom Volke aus, sondern von der Bürokratie und ihren industriellen Ratgebern. Die Gewalt geht vom Kapital aus und schlägt das Proletariat. Es gibt nur noch im Osten und auf dem Balkan so ausgesprochene Polizeistaaten, wie es heute die deutschen Länder sind. Die Hohenzollernmonarchie hätte in Deutschland nicht bis 1918 bestanden, wenn die Herrn Kgl. Polizeipräsidenten gegen das wehrlose Volk so gewütet hätten, wie heute die Polizeimaschinerie Severings.

Die Wahrheit über die „Rundtisch"-Konferenz

(Artikel Seite 3, Hauptblatt)

Dieses zusammenbrechende System des Kapitalismus wird gedeckt von der Sozialdemokratie. Sie steht an den entscheidensten Stellen des Staatsapparates und sie toleriert diese Brüning-Regierung, die selbst einem von ihr einberufenen und ausgewählten Kreis von Sachverständigen nicht mehr leugnen und verbergen kann, daß sie nur die Interessen der Banken, der Schwerindustrie und des Großgrundbesitzes vertritt.

Aber, so werden viele Arbeiter der SPD, mit denen wir doch jahrelang Schulter an Schulter gekämpft haben, sagen, will denn die Sozialdemokratie nicht retten, was für die Arbeiterklasse zu retten geht? Will die Sozialdemokratie denn nicht kämpfen für die Rechte der Arbeiterschaft?

Nehmen wir einmal an, das sei so selbst in allen bürokratischen Spitzen des sozialdemokratischen Organisationsapparates. Wenn man die politische Entwicklung seit 1930 oder seit dem Regierungsantritt H. Müllers oder gar seit 1918, seit der Revolution überblickt, so sieht man, wie die Sozial-

demokratie immer unfähiger wird zum Kampfe, weil sie den Kampf gar nicht mehr wollen darf. Nur ein Beispiel: In der kurzen letzten Tagung des Reichstages hatte die Sozialdemokratie einen Antrag auf „Winterhilfe" für die Erwerbslosen eingebracht.

Für diesen Antrag war eine Mehrheit gesichert.

Aber die Sozialdemokratie nützte diese Mehrheit nicht aus, sondern ließ den Reichstag vertagen. Jetzt „kämpft" sie im Ausschuß für ihren Antrag. Das ist nur ein Beispiel für die vielen Fälle, in denen die Sozialdemokratie sogar

gegen ihre eigenen Anträge gestimmt

hat, wenn ihre Annahme sonst unvermeidbar war.

Wie kann eine Partei solche Verzweiflungsschritte — und das sind solche Handlungen — unternehmen? Nun,

die Sozialdemokratie ist in eine Sackgasse gekommen.

Sie will unter allen Umständen Brüning halten, der seinerseits die Sozialdemokratie nicht braucht, im Gegenteil als ausgesprochener Vertreter der Bourgeoisie gegen die Arbeiter regieren will. Weil Brüning das weiß, braucht er keine Rücksicht zu nehmen, und nimmt er keine Rücksicht. So ist es Brüning von Notverordnung zu Notverordnung gelungen, Schritt für Schritt das durchzuführen, was Hitler auf einen Schlag durchzuführen träumen konnte:

den Abbau der Demokratie, den Abbau der Sozialpolitik, den Abbau der Löhne und Gehälter!

In diesen Tagen sitzt nun die Reichsregierung zusammen, um den entscheidenden Schlag gegen die breiten Massen vorzubereiten. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß der Vertreter der freien Gewerkschaften im Wirtschaftsbeirat, Graßmann, am Montag keine Rede gegen die Zusammenfassung der Beratungen des Beirats durch Brüning gehalten hat, und daß er am Tage zuvor die Stellung der Gewerkschaften „versöhnlich" dargelegt hat. Aber das ist nur eine kleine Tragikomödie in dem großen Trauerspiel der Sozialdemokratie, dessen letzter Akt nun begonnen hat.

Wieder schmettert der „Vorwärts" sein „Unannehmbar" der kommenden Notverordnung entgegen. Wieder zeigt er die unerträgliche Belastung der Massen, die Unglaubwürdigkeit Brüning'scher Versprechungen. Wieder ist sie den gewohnten Bittgang zu Brüning gegangen, um ihn auf die „Psychologie" der Massen aufmerksam zu machen, die eine Durchführung der von ihm im Wirtschaftsbeirat angekündigten Maßnahmen nicht mehr verstehen würden. Aber Herr Brüning kennt seine Sozialdemokraten viel zu genau, als daß er auf solche Bittgänger Rücksicht nehmen würde. Er läßt nur die Frage offen, ob er der Sozialdemokratie auch nur Gelegenheit geben wird, mit irgend einer „Milderung" irgend einer längst vergessenen Notverordnung ihre neue Kapitulation zu verschleiern.

Wenn die Sozialdemokratie jetzt den Kampf ernsthaft aufnehmen würde, so würde sie zugleich zugeben, daß und wie sehr die Opposition, die SAP, recht gehabt hatte. Sie würde den Kampf aufnehmen, nachdem sie seit Jahren an der Schwächung der Kampfbereitschaft und Kampffähigkeit der Arbeiterklasse ihr gerüttelt Maß Schuld trägt. Wir würden uns nicht in die Brust werfen, weil wir recht behalten haben. Wir würden uns freuen in der Hoffnung, daß die Einsicht noch nicht zu spät kommt.

Aber die Sozialdemokratie wird nicht kämpfen, weil sie an diesen Staat der Bourgeoisie gefesselt ist. Sie hat zu verlieren, weil sie teil hat an der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, deren Instrument die Bourgeoisrepublik ist. Die Arbeiterklasse aber hat nichts zu verlieren als ein Leben der Not und Qual, eine Erbschaft des Hungers und Leidens durch Generationen hindurch. Sie hat eine Welt zu gewinnen: die Welt einer sinnvollen Wirtschaftsordnung, einer gerechten Verteilung der Güter, eine Welt der Freiheit, des Sozialismus.

Die Sozialdemokratie war in diesem Kampf nur noch ein Hemmschuh! Jetzt ist sie gefangen: sie muß sich nun erklären: für Brüning, gegen die Arbeiterklasse! Oder gegen Brüning, für das Proletariat!

Reichsrat am Donnerstag

Berlin, 24. November.

Der Reichsrat hält am Donnerstag nachmittag eine Vollsitzung ab, um sich u. a. mit den Aenderungen des Gesetzes über die Vorführung ausländischer Bildstreifen, mit der Aenderung der Rechtsanwaltordnung und mit einer zweiten Verordnung zur Ausführung des Gesetzes über Reichszuschüsse für die Ansiedlung von Landarbeitern zu beschäftigen. Auf der Tagesordnung steht ferner die Berufung von Mitgliedern des Beirates für Bausparkassen beim Reichsaufsichtsamt für Privatversicherung.

Einstein gegen allgemeine Wehrpflicht. „Politiken" veröffentlicht am Montag einen Artikel von Professor Einstein, worin Einstein den Nachweis führen will, daß die allgemeine Wehrpflicht an dem Unfrieden in der Welt schuldig sei, weshalb er die Abschaffung der Wehrpflicht verlange. „Politiken" bringt ein Zirkular, dessen Spalten die entschiedenen Wehrpflicht-Gegner ausfüllen sollen.

Im Brennpunkt der Kritik

Der Weltbühnenprozeß

Loebe über den „Fehlschlag" — Auslandsstimmen

Das Terrorurteil des Vierten Strafsenats beim Reichsgericht gegen die „Weltbühne" hat rasch sein Echo gefunden. Während die Rechtspresse, wie zu erwarten war, sich kurzerhand über das Recht hinwegsetzt und das Urteil im Interesse des Militärs und seiner unantastbaren Vormachtstellung begrüßt, werden in den Organen des Hauses Mosse schon kritische Töne spürbar. Die „Rote Fahne" sieht den Leipziger Spruch als auch gegen die Arbeiterklasse gerichtet an.

Der Reichstagspräsident Loebe schreibt der „BZ am Mittag", daß er selten ein Urteil als einen solchen Fehlschlag nicht nur in juristischer Hinsicht empfunden habe als dieses gegen die „Weltbühne". Loebe sagt: „Denn alles, was Ossietzky und Kreiser geschrieben haben, kann doch jederzeit in den Verhandlungen des Reichstags gesagt werden." Hier irrt Loebe insofern, als das wesentliche Moment in den Vorwürfen der „Weltbühne" bereits in einer Ausschußsitzung des Reichstags zur Sprache gekommen war, ohne daß das Reichsgericht glaubte, auf diesen Vorgang Rücksicht nehmen zu müssen.

Die „BZ" beurteilt den Spruch der Leipziger Richter als eine Art Racheakt des Reichsgerichts gegenüber dem unabhängigen Publizisten, der die höchste Instanz des deutschen Rechtswesens oft herbe gerügt hat.

Rückwirkungen auf die Abrüstungskonferenz

Das Echo, das das „Weltbühne"-Urteil in der Auslandspresse gefunden hat, ist so ausgefallen, wie es nach Lage der Dinge gar nicht anders erwartet werden konnte. Unter dem Titel „Französische Unverschämtheiten zum Falle Oossietzky" gibt die Hugenbergsche Tel-Union eine Meldung des Berliner Korrespondenten des nationalistischen „Echo de Paris" wieder. Die TU vergißt ganz ihren Daseinszweck reiner Nachrichtenübermittlung und fällt folgendermaßen aus: „(er) mischt sich in unverschämter Form in rein innerdeutsche Angelegenheiten und erlaubt sich abfällige Kritiken an dem Leipziger Hochverratsprozeß Ossietzky einerseits (die Anklage lautete, nebenbei bemerkt, nicht auf Hoch-, sondern auf Landesverrat. So fein ist das juristische Urteilsvermögen der Hugenberg-Korrespondenz! Die Red.) und der Stellungnahme der deutschen Presse andererseits. Der Reichsregierung wird in der Ueberschrift der Vorwurf gemacht, zu Terrorakten (!) zu greifen, um das Militärgeheimnis zu wahren. Die deutschen Linksblätter, wie der ‚Vorwärts', verschanzten sich feige (!) hinter der Tatsache, daß die Verhandlungen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattgefunden hätten. Nichtsdestoweniger sei es unbedingt notwendig, daß der Leipziger Prozeß in den Akten über die deutsche Abrüstung breiten Raum finde, die in Genf der Oeffentlichkeit zugänglich gemacht werden müßten."

Sprengstoff

Koblenz, 23. November.

Kinder fanden beim Spiel in der Nähe von Horchheim einen Draht, der mit einer elektrischen Batterie in Verbindung stand. Nachforschungen ergaben eine komplette Sprenganlage mit Pulver und Dynamit, die vollkommen intakt gewesen sein muß. Vier Einwohner von Horchheim wurden festgenommen.

Frankreich richtet sich auf Hitler ein

Bedeutsame Erklärung des französischen Botschafters

Paris, 23. November.

Der französische Botschafter in Berlin, Francois-Poncet, gewährte einem Vertreter der „Liberté" eine Unterredung, in der er auf die Aufgabe hinweist, die ihm als französischen Botschafter in Berlin zufalle. Bei der Betrachtung der deutschen Lage stoße man auf so viele Gegensätze, man finde soviel wahres Elend und vorgetäschte Armut, daß man sich fragen müsse, wo Wahrheit und wo Lüge sei. Man wisse nicht, ob man auf mehr Sympathien stoße, wenn man auf die Macht Frankreichs poche, oder wenn man den rettenden Oelzweig hinhalte. Ebenso schwierig sei die Beantwortung der Frage, ob man sich über den Zusammenbruch der einen oder den Fortschritt der anderen Partei freuen solle. Seine Aufgabe als Botschafter sei es in erster Linie, ohne Vorurteile die deutsch-französischen Beziehungen zu fördern. Deutschland erwarte viel von Frankreich und glaube sich sogar berechtigt, zuviel zu erwarten. Aufgabe der französischen Diplomatie sei es, sich der Lage anzupassen und, ohne daß deshalb Frankreich etwas von seiner Stärke oder seinem Ansehen verlöre, mit den Führern der Reichsregierung, wer sie auch seien, an einer politischen Annäherung und dem wirtschaftlichen Wiederaufbau zu arbeiten.

*

Herr Francois-Poncet, der ein sehr guter Kenner Deutschlands ist, und als Verbindungsmann zwischen der französischen und der deutschen Schwerindustrie gilt, faßt also hier ganz kaltblütig ins Auge, daß Frankreich mit einem Eintritt der Nationalsozialisten in die Regierung zu rechnen hat. Und er teilt die Meinung anderer französischer Kreise, daß im Ernstfalle vielleicht mit Hitler eher zu Rande zu kommen ist als mit den deutschen „Demokraten", die aus lauter Angst, von den Nationalsozialisten übertrumpft zu werden, sich päpstlicher als der Papst (lies: nationalsozialistischer als Hitler) glaubten geben zu müssen.

Ob Hitler heute schon bereit ist und es wagen kann, sein Hauptpropagandapferd abzuzäumen, ist eine andere Frage, die dem Zentrum mehr Kopfzerbrechen machen muß als uns. Daß er sein Damaskus finden wird, ist kaum noch eine kühne Voraussage. Und ebenso sicher ist, daß Frankreich so oder so mit Hitler fertig werden wird, daß die viel größere Aufgabe darin besteht, **daß die deutsche Arbeiterschaft stark gemacht wird, um sich gegen das kommende Terrorregiment mit Erfolg wehren zu können.** Hier ist noch alles zu tun, und es gehört nicht zuletzt die Abkehr von allen „nationalen" Ideologien dazu, die heute nicht nur bei der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften, sondern im höheren Maß noch bei den Kommunisten grassieren.

Thüringen beschränkt die Demonstrationsfreiheit

Weimar, 24. November.

Das thüringische Staatsministerium erledigte eine größere Anzahl von Personalangelegenheiten. Das in Aussicht genommene polizeiliche Verbot von Umzügen im Freien und Geländeübungen in der Zeit zwischen 17 Uhr und 7 Uhr morgens wurde gebilligt, desgleichen das Aussetzen von Belohnungen für Anzeigen über verbotene Sprengstoff- und Waffenlager in öffentlicher Bekanntmachung. Aus Ersparnisgründen wurde auf Wunsch aus Beamtenkreisen die Wahlzeit der im Amte befindlichen Beamtenvertretungen bis 31. Dezember 1933 verlängert.

Fernost und Völkerbund

Geschäft ist Geschäft!

In Frankreich hat der große Verband der Freien Gewerkschaften zusammen mit einer Reihe anderer Organisationen eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß die Ohnmacht des Völkerbundsrats gegenüber den mandschurischen Problemen bei den Völkern tiefe Enttäuschung ausgelöst habe. Die genannten Vereinigungen seien daher der Ansicht, daß der Völkerbundsrat vor keinem ihm zur Verfügung stehenden Mittel zurückschrecken dürfe. Wenn die Ausgleichs- und Versöhnungsmethoden des Artikels 11 unwirksam gemacht seien, dann dürfe der Völkerbundsrat nicht zögern,

die Artikel 15 und 16 in Anspruch zu nehmen, um seine Rolle als souveräner Schiedsrichter und Richter zwischen den Nationen durchzuführen.

Es ist leider nicht damit zu rechnen, daß der Völkerbundsrat aus Gründen, die wir schon auseinandergesetzt haben, zu drastischeren Methoden greifen wird, um Japan zur Raison zu bringen.

Dabei stellt sich heraus, daß selbst die weiße Salbe einer „Studienkommission" von Japan noch für zu scharf erklärt wird. Genau so groß ist begreiflicherweise der Widerstand Chinas gegen die Entsendung der Studienkommission, weil es mit Recht darin

nichts anderes als eine Verschleppungstendenz sieht.

Es verlangt mit gutem Recht die Durchführung des Beschlusses, den der Völkerbundsrat am 30. September gefaßt hat, das heißt Rückziehung der japanischen Truppen in die Eisenbahnzone.

Also geht der Krieg weiter.

Japanische Flieger haben Kintschau an der Eisenbahnlinie Tientsin—Mukden bombardiert und einige „Bonbons" auf den Zug des chinesischen Marschalls Tschanghsueliang abgeworfen, ohne den General zu verletzen. — Bei Mukden ist ein japanischer Truppentransport entgleist infolge Beschädigung des Bahnkörpers. Die Japaner sollen beträchtliche Verluste erlitten haben. Selbstverständlich waren die Täter „chinesische Banditen", gegen die man „umfassende Maßnahmen eingeleitet hat". Was das bedeutet, weiß jedes Kind.

Damit die ironische Note nicht fehle, sei noch berichtet, daß japanische Sozialisten in einer Entschließung erklärt haben sollen, die Partei lehne jeden Versuch ab, eine Verletzung der japanischen Rechte in der Mandschurei und in der Mongolei anzuerkennen. Die Sozialisten begründen ihre Stellungnahme

mit der Notwendigkeit einer Einverleibung der Mandschurei und der Mongolei in Japan.

Man glaubt's zwar nicht recht, aber immerhin, solche Dinge sollen sich auch schon in Europa ereignet haben.

Daß interessierte Mächte dem Spiel ruhig zusehen können, läßt sich sehr eindeutig aus einer Nachricht herleiten, derzufolge die japanische Einfuhr nach China infolge des antijapanischen Boykotts um 50 Prozent abgenommen, während sich die britische Einfuhr entsprechend erhöht hat.

Kurz und schlecht: Geschäft ist Geschäft, und das ist der letzte Sinn der nicht effektiven Einmischung des Völkerbundsrats!

Der Zerfall der Wirtschaftspartei

Ansbach, 24. November.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung der Wirtschaftspartei, Ortsgruppe Ansbach, hat den einstimmigen Beschluß gefaßt, der Kreisleitung Mittelfranken den Austritt der Ortsgruppe aus der Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei) mitzuteilen und die Ortsgruppe auf neutraler Grundlage als „Nationale Wirtschaftsgruppe Ansbach" weiterzuführen. Die Vorstandschaft wurde in der bisherigen Zusammensetzung belassen.

*

Das Ende eines Politikers

Berlin, 24. November.

In einer Vorstandssitzung der Wirtschaftspartei wurde mitgeteilt, daß der preußische Landtagsabgeordnete Ladendorff im Zusammenhang mit den Schwierigkeiten bei der Bank für Handel und Grundbesitz gebeten hat, ihn vorläufig von allen Parteiämtern zu entbinden. Diesem Wunsche ist stattgegeben worden. —

Der Geschäftsordnungs-Ausschuß des preußischen Landtags wird sich am Mittwoch mit dem Antrag auf Aufhebung der Immunität Ladendorffs beschäftigen.

*

Strafverfolgung gegen Ladendorff? Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat beim preußischen Landtag die Zulassung der Strafverfolgung gegen den Landtagsabgeordneten Ladendorff nachgesucht, da der Verdacht besteht, daß er als Vorsitzender des Aufsichtsrates an den bei der Bank für Handel und Grundbesitz aufgedeckten Bilanzverschleierungen beteiligt ist.

Weiterer Abbau der Demokratie

Berlin, 24. November.

Der preußische Landtag trat Dienstag mittag zu einem auf eine Woche berechneten Tagungsabschnitt zusammen. Er nimmt Berichte von Untersuchungsausschüssen entgegen und wird dann verschärfte Geschäftsordnungsbestimmungen beraten. Ferner steht der deutschnationale Mißtrauensantrag gegen den Kultusminister Grimme zur Erledigung. Die Wahl des neuen Präsidenten wird am Mittwoch oder Donnerstag erfolgen.

„Verschärfte Geschäftsordnungsbestimmungen" — das heißt weiterer Abbau der traurigen Reste, die von der bürgerlichen Demokratie noch geblieben sind. Das ist so ungefähr der einzige Zweck, zu dem heute noch Parlamente in Deutschland zusammentreten dürfen.

Labour stellt Mißtrauensantrag

London, 24. November.

Die sozialistische Opposition im Unterhaus hat gestern abend ihren ersten Mißtrauensantrag gegen die Regierung ausgearbeitet. Darin wird das Haus aufgefordert, Bedauern darüber zu bekunden, daß die Regierung nicht im Hinblick auf den kommenden Winter Pläne zur Besserung der Lage der Arbeitslosen und zur Lösung des Problems der hohen Wohnungsmieten ausgearbeitet habe.

Die Regierung wird voraussichtlich in der nächsten Woche einen Tag zur Besprechung dieses Antrages zur Verfügung stellen.

Leinert soll wieder Landtagspräsident werden. Die sozialdemokratische Fraktion des preußischen Landtages beschloß, den Abgeordneten Leinert zum Nachfolger des verstorbenen Präsidenten Bartels vorzuschlagen. Die Koalitionsparteien sollen bereits ihr Einverständnis mit dieser Kandidatur ausgesprochen haben.

Beilage zur SAZ

1. Jahrgang Nr. 20
Mittwoch, 25. November 1931

Die deutsche Novemberrevolution

10. Fortsetzung

Von Georg Ledebour

11. Der Reaktionsputsch am 6. Dezember

Die Beseitigung der kaiserlichen Gewaltherrschaft brachte zunächst dem Proletariat die langentbehrte volle Rede- und Bewegungsfreiheit. Es wurden überall polizeilich unkontrollierte Versammlungen abgehalten, Zeitungen blühten auf, die Pressefreiheit war unbeschränkt. Die USP schuf sich ihr Organ in der „Freiheit", der Spartakusbund in der „Roten Fahne".

Ein Ersatz für eine parlamentarische Kontrolle der Regierung sollte der Vollzugsrat der A- und S-Räte werden. Deshalb trat ich ihm bei, in der Hoffnung, dort in voller Oeffentlichkeit den reaktionären Machenschaften, die von den verschiedenen Regierungsbehörden zu erwarten waren, erfolgreich entgegenwirken zu können. Ich gestehe, daß das ein Fehler von mir war. Der Vollzugsrat hatte tatsächlich keinerlei Machtbefugnisse gegenüber den Volksbeauftragten oder sonstigen Regierungsorganen. Seine Gegenbeschlüsse gegen dessen Maßregeln hatten nur den Wert öffentlicher Rügen. Aber selbst dazu kam es nicht, weil wir revolutionären Sozialisten im Vollzugsrat einer geschlossenen Mehrheit von reaktionären Vertretern der SPD und der Soldaten gegenüberstanden. So rieb ich mich Tag für Tag in endlosen Debatten auf. Ich hätte meine Zeit und Kraft nützlicher außerhalb des Vollzugsrats in völlig ungebundener Stellung anwenden können.

Zusammengesetzt war der Vollzugsrat so: Vom Vorstand der USP war außer mir noch Däumig eingetreten, von den Obleuten Richard Müller, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, Paul Wegmann, Eckert, Neuendorf und einige andere Genossen. Unter den Soldatenvertretern standen nur wenige auf unserer Seite. Den Oberleutnant Walz, der nach seiner Haftentlassung eingetreten war, mußten wir, nachdem eine Untersuchungskommission festgestellt hatte, daß er, um sein Leben zu retten, alles ausgesagt hatte, was er über unsere Organisation wußte, natürlich aus dem Vollzugsrat sofort wieder ausschließen. Als zuverlässig erwiesen sich aber der Hauptmann von Beerfelde und der Kapitänleutnant Paasche. Ferner hatten wir auch noch, als später der Vollzugsrat beiderseits vervollständigt wurde, unsern Parteigenossen, den Rechtsanwalt Gerhard Obuch, zugezogen.

Von der Gegenseite gehörten dem Vollzugsrat an Hermann Müller, Brutus Molkenbuhr, ein Sohn des früheren SPD-Führers Hermann M. Als Soldatenvertreter präsentierte sich der bisherige Reichstagsabgeordnete Cohen-Reuß, der, da er früher einmal bei den Franzern gedient hatte, nach der Revolution schleunigst seine alte Uniform wieder anzog, um sich von den Soldaten als ihr redegewandter Vertreter in den Vollzugsrat wählen zu lassen, wo er denn auch bald als eifrigster Reaktionär in den Vordergrund trat.

Trotz der Machtlosigkeit des Vollzugsrats war doch schon die bloße Kritik, die er übte, den Volksbeauftragten Ebert, Scheidemann und Landsberg höchst unangenehm, ebenso deren Anhängern unter den Soldaten. Zu den fast durchweg zur SPD haltenden Landsoldaten war aber noch eine Marine-Division, 3000 Mann stark, aus Kiel herbeigezogen worden. Sie war im Schloß und im Marstall einquartiert. Zunächst hatte sie einen reaktionären Kommandeur, den Grafen Metternich. Es stellte sich aber bald heraus, daß die überwiegende Mehrzahl der Matrosen auf unserer Seite stand.

Den Posten eines Stadtkommandanten hatte Friedrich Ebert als Ressortchef des Militärwesens seinem Vertrauensmann Otto Wels übertragen. Dagegen war es der Berliner Organisation der USP gelungen, das Polizeipräsidium in die Hände zu bekommen. Emil Eichhorn wurde als Polizeipräsident eingesetzt.

Am 6. Dezember nun hatte eine Organisation ehemaliger Frontsoldaten, um etlichen Beschwerden Ausdruck zu geben, im Anschluß an zwei Versammlungen im Norden einen Demonstrationszug nach der inneren Stadt geplant. Das Polizeipräsidium hatte nichts dagegen einzuwenden gehabt. Der Stadtkommandant Otto Wels aber, in der Angst, daß die Regierung belästigt werden könne, ließ die Chausseestraße durch Truppen des Franzer-Regiments abriegeln. Es kam zu Schießereien. 16 Tote und eine große Anzahl Verwundeter blieben auf der Strecke.

Gleichzeitig, um etwa 4 Uhr nachmittags, drangen Soldaten desnämlichen Regiments in das Abgeordnetenhaus ein, wo der Vollzugsrat tagte. Ihr Führer, ein Feldwebel Fischer, behauptete, er habe Auftrag von der Regierung, den Vollzugsrat zu verhaften. Sehr bald kam aber der Volksbeauftragte Emil Barth dazu. Es gelang ihm, die Soldaten zu überzeugen, daß sie irregeführt seien. Als ich, in einer Vorstandssitzung der USP telephonisch von dem Ueberfall benachrichtigt, nach dem Abgeordnetenhaus kam, waren die Soldaten schon abgezogen.

Gleichzeitig aber war auch noch ein anderer Franzer-Trupp unter Führung des Regimentskommandanten Feldwebel Spiro und unter Mitwirkung des Grafen Metternich sowie einer reaktionären Studentenorganisation nach der Reichskanzlei gezogen unter dem Vorgeben, sie wollten die Regierung vor den Spartakisten schützen. Der Feldwebel Spiro hielt vor dem herausgerufenen Friedrich Ebert eine Ansprache, in der er gegen eine angebliche Mißwirtschaft des Vollzugsrats wetterte und mit den Worten schloß, er glaube im Namen der ganzen Nation zu sprechen, wenn er Ebert zum Präsidenten der Republik ausrufe. Als Ebert abwinkte, stellte ein Matrosenführer ihm die direkte Frage, ob er das Amt des Präsidenten annehme, ja oder nein.

Ebert erwiderte darauf, daß er einen solchen Ruf nicht annehmen könne, ohne mit seinen Freunden in der Regierung gesprochen zu haben. Das sei eine hochwichtige Frage, deren Entscheidung allein in den Händen der Reichsregierung liege. Dann zogen die Soldaten ab.

Daß diese gleichzeitigen Militärputsche von langer Hand vorbereitet waren, ist gewiß. Es ist nur nicht völlig klar geworden, von wem. So viel steht fest, daß Beamte des Auswärtigen Amtes dabei beteiligt waren. Zwei von ihnen, Graf Matuschka und Freiherr v. Rheinbaben, wurden flüchtig. Ebert, Scheidemann und Landsberg bestritten jedwede Mitwisserschaft. Emil Barth hat aber nachher noch behauptet, daß sein Kollege Otto Landsberg, den er den „Mephisto der Revolution" nennt, die ganze Sache angezettelt habe.

Der Vollzugsrat lud die Volksbeauftragten zur Aufklärung über die Vorgänge zu einer gemeinsamen Sitzung ein. Richard Müller führte den Vorsitz. Es kam so viel dabei heraus, daß Spiro einige Tage vor dem 6. Dezember Ebert gesagt hatte, er beabsichtige eine Demonstration zu seinen Gunsten. Ebert wollte darauf erwidert haben, es sei besser, daß eine solche Demonstration nicht nur mit Soldaten, sondern auch mit Arbeitern gemacht würde. Als Ebert unsere Fragen zu unbequem wurden, erhob er sich mit beleidigter Mine und ging fort. Ihm folgte bald Philipp Scheidemann. Blieb als erwiesen die vorhin angeführte merkwürdige Antwort, die Ebert den Demonstranten gegeben hatte auf die Frage, ob er die Wahl zum Präsidenten der Republik annehmen wolle. In unserem Namen zog daraus der Genosse Gerhard Obuch die Schlußfolgerung, daß ein Volksbeauftragter, der reaktionären Putschisten gegenüber, anstatt sie als Hochverräter zu behandeln, eine so entgegenkommende, die angetragene Präsidialwürde als diskutabel anerkennende Antwort gegeben habe, sich seines Amtes völlig unwürdig gemacht habe. Er stellte also den Antrag, Friedrich Ebert seines Amtes zu entheben. Der Antrag wurde von der kompakten Mehrheit der Reaktionäre im Vollzugsrat abgelehnt. Ebert, Landsberg und Scheidemann hatten wieder freien Spielraum für ihre staatsretterischen Pläne.

(Weitere Artikel folgen.)

Calmette-Situationsbericht

(Eigener Bericht der „SAZ")

F. Lübeck, 23. November.

Die fünfte Woche im Calmette-Prozeß schloß mit einem Sachverständigenkrach. Professor Much nannte die Kliniker „Spucknapffanatiker" und sich ein Genie. Auch in der letzten Woche wurde es um die Sachverständigen nicht ruhig. Am Montag hatte Rechtsanwalt Gießner mit einem Ablehnungsantrag gegen Prof. Langstein-Berlin begonnen. Es bestand zu recht Besorgnis über die Befangenheit Langsteins, denn er hatte sich einem Pressemann gegenüber geäußert, er wolle Prof. Klotz freibekommen. Das Gericht stellte fest: **„Sie haben sich vor der Gutachtenerstattung über die Schuld geäußert."** Langstein zog ab. Much trat an seine Stelle, das Genie, das einen Tag mit Crysanthemen, den andern mit Orchideen in den Gerichtssaal kommt. Die Verteidigung ging zum Gegenangriff über. Rechtsanwalt Darboven wollte Dr. Schmincke-Neukölln ablehnen, weil er am 28. März 1931 bei einem Besuch im Allgemeinen Krankenhaus die Angeklagte, Schwester Anna Schütze, beeinflussen wollte. Außerdem sei er medizinischer Berater der Nebenkläger, Schmincke verteidigte sich als Wahrheitssucher, Sozialhygieniker, der Aufklärung im Sinne der Massen wolle. Das Gericht: Schmincke soll bleiben! In den nächsten Tagen kehrte immer wieder eines wieder:

Die Aerzte können sich nicht erinnern...

Dr. Wiener, Dr. Wundt, Prof. Klotz und wie sie heißen: allen ist das, was vor dem 26. April war, aus dem Gedächtnis entschwunden. Einige dunkle Geschichten: am Dienstag stellte sich heraus, daß vor einigen Kindern die Krankengeschichten fehlen, Donnerstag entstand der dringende Verdacht, daß andere **Krankengeschichten gefälscht** worden sind. Aber der Kinderhospitalarzt Dr. Wiener kann sich nicht erinnern. Rechtsanwalt Witten wollte alle Sachverständigen zurückgeholt wissen. Das Gericht hielt es nicht für nötig. Prof. Hahn war schon auf eigene Faust gekommen. Nun stritt er um seine Wichtigkeit. Außerdem fand sich am Freitag ein Arzt, Frau Dr. Degner, der Anklagen erhob gegen das Gesundheitsamt. Am Sonnabend trat der Leichenwärter des Krankenhauses vor den Richtertisch. Er war gleichzeitig Anatom. Aus seinen Aussagen ging die Halbheit der Aerzte in jenen Tagen hervor, als das Unglück entdeckt wurde. Eine Schwester sagte aus,

daß ihr Entlassung angedroht wurde, als sie am 8. oder 9. März von schlechten Einwirkungen des Calmette-Mittels auf die Kinder sprach.

Die Sachverständigen streiten, zum Glück hindert das nicht; ziemlich klar ist zu sehen, daß die Lübecker Aerzte vor und nach dem 26. April nicht ihre Pflicht getan haben. Das sagen die Laien, aber das Gericht wird die vergangenen sechs Wochen vielleicht nur als den Anfang der Prozeßführung ansehen...

Das Lübecker Kindersterben

London, 23. November.

Der Gesundheitsminister wurde heute im Unterhaus gefragt, ob der Gesundheitsrat (Medical Research Council) das Ergebnis seiner Untersuchungen über das infolge von Impfungen mit Calmette-Tuberkulose-Serum in Lübeck eingetretene Kindersterben zur Kenntnis des Hauses bringen werde. Sir Hilton Young erklärte, der Bericht, der dem Gesundheitsrat durch die nach Deutschland entsandten beiden Vertreter übermittelt wurde, sei vertraulicher Art und bezöge sich auf technische Fragen, die nur für Forscher von Interesse seien. Eine Veröffentlichung sei daher nicht beabsichtigt.

Zörgiebels Blut-Mai

Eine Filmvorführung vor Gericht

BG. Berlin, 24 November. Der Strafkammer des Berliner Landgerichts I, die jetzt erneut den Prozeß Heidrich wegen des Angriffs auf den damaligen Polizeipräsidenten Zörgiebel im Gerichtssaal verhandelt, wurde heute in dem Städtischen Film- und Bildamt in der Levetzowstraße ein Film vorgeführt, in dem teilweise

die Berliner Unruhen am 1. Mai 1929

zu sehen sind. Vor der Filmvorführung wurden die Filmoperateure gefragt, wenn jene Filmstreifen aufgenommen seien. Sie gaben an, daß sie am 1. und 2. Mai 1929 hauptsächlich in der Gegend des Bülowplatzes Straßenszenen aufgenommen und in diesen Film hineingeschnitten hätten. Der Film selbst zeigte verschiedene Maifeiern früherer Jahre gegenüber denen des Jahres 1929. Bei den Berliner Bildern waren die Barrikaden zu sehen, die damals errichtet wurden, Einschläge an den Häusern von Schüssen und die Absperrung der Straßen durch Polizeibeamte. Die meisten Szenen zeigten

Polizeibeamte, die Menschenmengen vor sich her trieben und dabei auch den Gummiknüppel anwandten.

Nach dieser Vorführung wurde der Prozeß im Gerichtssaal weiter fortgesetzt.

Das Ende der Nordwolle-Bankrotteure

MLD. Neustrelitz, 23. November.

Am 30. November und 1. Dezember wird die gesamte Einrichtung des Herrenhauses in Ahrensberg bei Wolfenberg der G. Carl Lahusenschen Gutsverwaltung versteigert. Um Ueberfüllung durch Nichtkäufer zu vermeiden, wird ein Eintrittsgeld von 30 Mark erhoben, das bei Nichtkauf zurückgezahlt wird. Die Neustrelitzer Autovermieter richten an beiden Tagen besondere Autofahrten nach Ahrensberg ein, und im Herrenh. s soll Restaurationsbetrieb unterhalten werden.

Schon wieder ein Konkurs-Skandal!

Um die Seidenfirma Cords

GR. Berlin, 23. November.

Gegen den Inhaber der bekannten Seidenfirma Cords in der Leipziger Straße, Schmidt-Lorenzen, hat die Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren wegen Konkursvergehens und übermäßigen Aufwandes eingeleitet. Die Firma Cords erhielt im Jahre 1929 ein Moratorium. Schmidt-Lorenzen wird als Inhaber der Firma Cords beschuldigt, nach dem Moratorium einen großen Posten Waren auf eine neu gegründete GmbH. verschoben zu haben, und soll auch seiner Ehefrau unrechtmäßigerweise Gelder haben zukommen lassen.

Überall krachende Banken

Bankier in Paris verhaftet

WTB. Paris, 23. November.

Wie „Intransigeant" berichtet, wurde heute der Bankier Froment verhaftet, der bis zu seiner am 21. April erfolgten Abberufung Vorsitzender des Verwaltungsrats der 1914 geschaffenen und im Januar 1931 insolvent gewordenen Banque coloniale d'études et d'entreprises mutuelles (Kapital 36 Millionen Francs) war. Die Höhe der Passiva beträgt nach den bisherigen Feststellungen 90 Millionen Francs.

Zuchthaus-Justiz

Drakonische Urteile gegen Klassenkämpfer auch in England!

London, 23. November.

Der 26jährige Angestellte der kommunistischen Zeitung „Daily Worker" Frank Patterson wurde am Montag wegen Aufreizung von Marineangehörigen zur Meuterei zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Er wurde vom Gericht für einen „aufreizenden" Artikel, der im „Daily Worker" erschienen war, verantwortlich gemacht.

Verschwörung gegen Mussolinis albanischen Strohmann?

Paris, 23. November.

Wie die Agentur Südost aus Belgrad meldet, sollen dort Nachrichten aus Tirana vorliegen, die jedoch bisher von anderer Seite noch keine Bestätigung gefunden haben, wonach die albanischen Behörden eine Verschwörung gegen den König Achmed Zogu aufgedeckt hätten. Unter den Verschwörern sollen sich auch hochstehende Persönlichkeiten befinden, an deren Spitze der Innenminister und ehemalige Präfekt von Skutari, Musa Juka, stehe. Die meisten der verdächtigten Personen seien verhaftet.

Die Trockenlegung der Zuidersee

CNB. Amsterdam, 23. November.

Für das große Werk der Abschließung und Trockenlegung der Zuidersee ereignete sich gestern nachmittag ein historischer Augenblick, als eine der beiden noch offenen Stellen des Abschlußdeiches, die sogenannten „Middelgronden", völlig geschlossen wurden. Dieses Ereignis wurde von allen bei den Zuiderwerken tätigen Schiffs- und Maschinenunternehmen mit lang anhaltendem Sirenensignal begrüßt. Die Abdichtung der anderen noch offen bleibenden Stelle, des sogenannten „Vlieter", hofft man Mitte nächsten Jahres vornehmen zu können.

Im „trockenen" Amerika

WTB. New York, 23. November.

Als Alkoholschmuggler heute in den Docks von Brooklyn eine Schiffsladung von Spirituosen löschten, wurden sechzig von ihnen verhaftet und 6000 Kisten voll alkoholischer Getränke im Werte von schätzungsweise einer Million Dollar beschlagnahmt.

24 Tote bei einem Schiffszusammenstoß

Djambi (Sumatra), 24. November.

Bei einem Zusammenstoß zwischen einem Personendampfer und einer Dampffähre sind 24 Personen ums Leben gekommen.

Notrecht gegen fürstliche Begehrlichkeit!

Von Dr. Werner Arendt

Die Staatspartei hat bekanntlich im preußischen Landtag den Antrag eingebracht, den s. Zt. zwischen dem Hause Hohenzollern und dem Freistaate Preußen geschlossenen Vergleich wegen der ungünstigen finanziellen Lage des Staates durch Gesetz für ungültig zu erklären. Das ist gewiß an sich zu billigen, genügt aber unter den obwaltenden Umständen nicht, denn einmal wird durch die Ungültigkeitserklärung des Vergleichs noch kein endgültiger Zustand geschaffen, ferner handelt es sich nicht darum, dem vormals regierenden Königshause ein „Recht" zu kürzen, weil sich der Staat in schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen befindet, sondern vielmehr um die Wiedergutmachung eines Unrechts, welches der Gesamtheit der Volksgenossen durch die Uebertragung von Millionenwerten an eine einzige Familie zugefügt worden ist und vor allem genügt es nicht, in einem einzelnen Staate, selbst in dem großen Preußen, eine solche Regelung vorzunehmen, weil dieselbe einheitlich durch das Reich als den Träger der Finanzhoheit erfolgen muß.

Es lohnt sich in diesem Zusammenhange wirklich einmal, sich darüber zu orientieren, was eigentlich die einzelnen Fürstenfamilien in Deutschland bisher erhalten haben, was sie heute noch laufend bekommen und was sie darüber hinaus beanspruchen.

Preußen: Landbesitz, Stadtgrundstücke, Schlösser, Juwelen, Kunstschätze, Geld und Effekten im Gesamtwerte von 400 Mill. M.

Bayern: 33 000 Morgen Forsten und Bauland im Werte von 150 Mill. M., ferner 60 Mill. M. aus dem Jahre 1920, bezüglich deren Aufwertungsansprüche bevorstehen sollen.

Württemberg: 36 000 Morgen Landwirtschaft, 70 000 M. Jahresrente an die frühere Königin.

Hessen: 1 Mill. M. bar, 8 Mill. M. in 20 Jahresraten zu 400 000 M. jährlich, 4 Schlösser in Hessen, 3 Domänen in Sachsen.

Braunschweig: 75 000 M. Jahresrente, 43 000 Morgen Güter und Forsten, dazu 1 Gestüt und 21 Wohnhäuser. (Welfenfonds s. unten.)

Mecklenburg: s. unten.

Schaumburg-Lippe: 12 000 Morgen Ackerland und Forsten, 4 Schlösser.

Lippe-Detmold: 1 Mill. M. bar, 1 Stadtschloß, 1 Jagdschloß mit Oberförsterei und Gestüt im Ausmaße von 3 000 Morgen.

Waldeck: 5 000 Morgen Wald und Domöne.

Sachsen-Weimar: 18000 Morgen Grundbesitz, 750 000 M. bar, 100 000 M. Jahresrente.

Meinigen: 8 250 000 M. bar.

Coburg-Gotha: 165 000 Morgen Land, davon 75 Proz. Wald = 60 Proz. des ganzen Areals des früheren Herzogtums.

Reuss: 45 000 Morgen Grundbesitz.[1])

Das sollte eigentlich genügen, es genügt aber leider noch lange nicht. Da gibt es noch einige Fürstlichkeiten, die nicht im Jahre 1918 sondern .... (!!) ihre Throne bezw. Thrönchen verloren haben und auch diesen geht es gar nicht schlecht, denn es erhalten in der deutschen Republik (!) jährlich:[2])

1. Alexander Friedrich, Landgraf von Hessen	612 000 M.	
2. Friedrich Karl, Prinz von Hessen	96 000 „	
3. Chlodwig, Landgraf von Hessen	150 000 „	
4. Chlodwig, als Erbe des Landgrafen Eugen	150 000 „	
5. Albert, Herzog von Schleswig-Holstein	181 013 „	28 Pf.
6. Friedrich Ferdinand, Herzog von Schleswig-Holstein	195 450 „	
7. Fürst von Hohenzollern-Sigmaringen	75 000 „	
8. Herzog von Arenberg	51 291 „	68 „
9. Fürst von Salm-Salm	58 170 „	
10. Fürst von Salm-Horstmar	60 000 „	
11. Herzog von Croy	18 000 „	
12. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg	46 216 „	30 „
13. Fürst zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein	22 500 „	
14. Fürst zu Wied	46 511 „	64 „
15. Fürst zu Solms-Hohensolms-Lich	7 667 „	80 „
16. Graf zu Leiningen-Westerburg	20 606 „	2 „
17. Deszendenz der Gräfin Reichenbach	38 812 „	80 „
18. Fürst zu Bentheim-Steinfurt	1 500 „	
19. Fürst zu Rheina-Wolbeck	3 700 „	
d. h. jährlich	1 834 139 M.	52 Pf.

Alle diese Leistungen beruhen auf Vereinbarungen, welche die Landesregierungen (und im Falle der 19 mediatisierten Fürstenfamilien das alte Heilige Römische Reich Deutscher Nation durch Reichsdeputationshauptschluß im Jahre 1803) getroffen hatten. Eine anderweitige Regelung war angesichts der Haltung, welche die zumeist mit monarchistisch eingestellten Mitgliedern besetzten höheren Gerichte und vor allem das Reichsgericht in allen bisherigen Fürstenprozessen beobachtet hatten, nicht möglich gewesen. Hierzu kam noch, daß der Volksentscheid von 1926, bei welchem zwar 14 Millionen Wahlberechtigter sich für die entschädigungslose Enteignung der vormals regierenden Fürstenhäuser erklärt hatten, dennoch ein negatives Ergebnis zeitigte, weil zu seiner Durchführung etwa 20 Millionen Stimmen erforderlich gewesen wären, eine Zahl, die, wie die Praxis inzwischen erwiesen hat, überhaupt in keinem Falle erreicht werden kann und jeden positiven Ausfall eines Volksentscheides tatsächlich unmöglich macht.

Wer nun aber glaubt, daß unsere Gerichte jetzt wenigstens für die Zeit und die Zeitumstände Verständnis bekommen und eingesehen haben, daß es, angesichts der Not, unter der das ganze Volk und fast die ganze Menschheit leidet, geradezu wie ein Hohn klingt, wenn die vermeintlichen Ansprüche der deutschen Fürstenhäuser aufs sorgfältigste geschützt und gar aufgewertet (!) werden, der kennt eben die Psyche unserer Richter noch lage nicht: In derselben Woche, in welcher die Löhne der Bergarbeiter im Ruhrgebiete um 7 Prozenent durch einen Schiedsspruch gekürzt waren, fällte das Oberlandesgericht zu Rostock auch einen Schiedsspruch, bei dem aber von „Kürzung" keine Rede war: Der Staat Mecklenburg-Strelitz wurde verurteilt, an die frühere Großherzogin 1 000 000 M., an die frühere Kronprinzessin von Montenegro (!) und an die Prinzessin Elisabeth von Lippe, geborene Prinzessin von Mecklenburg, 500 000 bzw. 160 000 M. zu zahlen. Hierzu kamen in allen drei Fällen 8 Prozent Zinsen seit 1925, dergestalt, daß Mecklenburg-Strelitz im ganzen an diese drei höchst überflüssigen Lebewesen etwa 2 000 000 M. auszuzahlen hat. Wie dieser Betrag aus einem Staate von nur 112 000 Einwohnern herausgepreßt werden soll, diese Frage ist jedenfalls bisher noch nicht gelöst worden. Der „Ruhm" des OLG Rostock hat das mit Recht so „beliebte" Reichsgericht nicht ruhen lassen und dieses hat bekanntlich auch in der letzten Zeit den Staat Preußen dem Grunde nach verurteilt, dem Herzog von Braunschweig die aus dem Welfenfonds von 1866 (!) stammende Summe von nicht weniger als 40 000 000 M. aufzuwerten!

Aus alledem ergibt sich folgende Lage: Auf der einen Seite ein Volk von mehr als 60 Millionen Menschen, daß sich in einem Zustande von nie erlebter Verelendung befindet, auf der anderen Seite ein paar Dutzend ehemaliger Fürsten, denen es unter geschickter Ausnützung der politischen und richterlichen Konjunktur gelungen ist, auch nach ihrem Sturze Milliardenwerte in ihren Privatbesitz zu überführen. Das kann und darf nicht so bleiben! Die Zeiten sind viel zu schwer, um die alten lächerlichen Theorien vom „fürstlichen Privateigentum" wiederzukäuen, an die im Ernst noch nicht einmal die Fürsten und ihr Anhang, sondern höchstens die Richter an den Oberlandesgerichten oder am Reichsgericht der Deutschen Republik (!) glauben. Es handelt sich nicht darum, sich in historischen oder juristischen Floskeln zu verlieren, sondern darum, einem Zustande aufs schnellste abzuhelfen, der im Lande unendliche Erbitterung und jenseits der Grenzen berechtigten Spott hervorruft, es handelt sich nicht mehr darum, ob mit diesem „fürstlichen Privateigentum" aufgeräumt werden soll, sondern wie das zu geschehen hat. Von unseren Richtern ist, wie oben dargelegt, nichts zu erwarten, ein Volksentscheid ist, wie oben ausgeführt, in der Praxis nie zu einem positiven Ergebnis zu führen, man muß also einen anderen Weg finden.

Als im Jahre 1923 die neue Markwährung eingeführt worden war und alle Leistungen auf Goldmark umgestellt wurden, schwebten zahlreiche Schadenersatzprozesse gegen das Reich, die Länder und Gemeinden, die zum größten Teile darauf beruhten, daß Private durch Uebergriffe von Verwaltungsbeamten geschädigt worden waren. Hierbei hatte es sich weniger um bösartige Schädigungen als um solche Vorkommnisse gehandelt, die auf einer Unkenntnis der Beamten, insbesondere der damals so zahlreichen Hilfsbeamten, über die jeweils geltenden und ständig wechselnden Vorschriften beruhten und die auf dem Gebiete der Erfassung und Beschlagnahme von Waren oft zu Grotesken geführt hatten. Wenn in allen diesen Fällen der Reichs-, Staats- und Gemeinde-Fiskus, wie es Recht gewesen wäre, verurteilt worden wäre, so hätten diese Schadensersatzansprüche in der öffentlichen Kassen eine Verheerung angerichtet. Da erging dann im Rahmen des Emmingerschen Ermächtigungsgesetzes eine sogen. Abgeltungsverordnung der Reichsregierung, die einfach dekretierte, daß alle Schadenersatzansprüche gegen das Reich, die Länder oder Gemeinden aus der Zeit von 1918—1923 nicht mehr auf gerichtlichem Wege entschieden, sondern von denselben Behörden, welche durch die Klage in Anspruch genommen wurden, nach deren Ermessen unter Ausschluß des Rechtswegs abgegolten werden sollten. Wie da vorgegangen wurde, hat der Verfasser selbst am eigenen Leibe verspürt, denn für Waren im Werte von 400 000 RM., deren Beschlagnahme durch den Einfuhrkommissar vom Reichswirtschaftsgericht für unzulässig erklärt worden war, und die durch die Art der Lagerung während der Dauer der Beschlagnahme völlig verdorben war (Michael Kohlhas!) zahlte das Reich (unter Mitwirkung des bekannten nationalsozialistischen Regierungsrats Dr. Fabricius) einen Abgeltungsbetrag von vierhundert Mark, d. h. 1 : 00! War es möglich, in solcher Weise mit geschädigten Bürgern umzugehen, so ist wahrlich nicht einzusehen, warum ein analoges Verfahren nicht den Fürstenhäusern gegenüber zur Anwendung gelangen sollte. Keine Halbheiten! Beschlagnahme des gesamten fürstlichen Immobiliarbesitzes und Sistierung aller Rentenzahlungen im Wege einer Notverordnung wäre die erste Voraussetzung. Als dann müßte eine Abgeltungskommission bestehend aus dem Reichsfinanzminister als Vorsitzenden, dem Reichswirtschaftsminister und dem Reichsarbeitsministern als Beisitzern eingesetzt werden, welche unter Ausschluß des Rechtsweges über die etwaigen Ansprüche der Fürstenhäuser im Verwaltungswege zu entscheiden und für ihre Entscheidung die Verantwortung vor der Volksvertretung zu tragen hätte. Daß diese Notverordnung etwas schwerer zu erlangen wäre als alle diejenigen, welche die ohnehin kärgliche Lebenshaltung der breiten Masse der Bevölkerung weiter verschlechterten, soll nicht verkannt werden, gleichwohl muß sie aber gefordert werden, damit die Verantwortung dann auf diejenigen Kreise zurückfalle, die sie eventuell verweigern. Millionen verlangen nach Arbeit und Brot, mehr als 750 000 Morgen Land sind im Besitze weniger fürstlicher Familien. Es ist ein unwürdiger Zustand, wenn in einem Lande, das sich doch schließlich immer noch Republik nennt, die große Menge des Volks darbt und die früheren Fürstenhäuser im Ueberflusse schwelgen, aber ein Volk, das sich nicht mit allen Mitteln dafür einsetzt, Wandel zu schaffen, verdient es nicht besser!

[1]) Es sind hier nur diejenigen Fälle erwähnt, in denen die Auseinandersetzung mit den früheren Herrscherhäusern Anlaß zu Ausstellungen gibt. Die Zahlen sind dem Buche von Wecker „Unsere Landesväter, wie sie gingen und wie sie blieben", entnommen.

[2]) Bezüglich der Zahlen vgl. „Das Andere Deutschland", Nr. 30/1931.

Zum Lohnkampf in der Schuhindustrie

Die schlesischen Fabrikanten fordern bis zu 38 Prozent Lohnabbau!

In der deutschen Schuhindustrie besteht ein allgemeinverbindlich erklärter Reichstarifvertrag; der Manteltarifvertrag gilt bis September 1932, während die Löhne gestaffelt nach Ortsklassen, nach Alter und Geschlecht bis September 1931 Gültigkeit hat. — Die Schuhfabrikanten haben, dem Zug der Zeit folgend, die Löhne mit Wirkung zum 30. November 1931 aufgekündigt mit dem Ziele der Kürzung des Lohnes um 15 Pfg. die Stunde. Die Lohnkürzung soll nicht zur Verbilligung der Schuhpreise, sondern für die Nutzbringung der Betriebe durchgeführt werden.

Die Zahl der arbeitslosen Schuhfabrikarbeiter beträgt weit über 30 Prozent, die Zahl der Kurzarbeiter über 40 Prozent der Beschäftigten. Während die Schuhfabrikanten für die Wirtschaftlichkeit ihrer Betriebe eine Lohnherabsetzung fordern, haben die Arbeitnehmerorganisationen die Gegenforderung unterbreitet: Einführung der 40stündigen Arbeitswoche, als Lohnausgleich für die Verkürzung der Arbeitszeit eine Lohnerhöhung um 20 Prozent und Regelung der Löhne für die am Mechanischen- oder Rollband Beschäftigten. Die Verhandlungen darüber finden kommende Woche statt.

Die schlesischen Schuhfabrikanten, an Zahl unbedeutend, sind schon vor längerer Zeit aus dem Reichsverband der Schuhindustrie ausgetreten und bilden eine Sondergruppe in der Hoffnung, damit die Gültigkeit des Reichstarifvertrages für Schlesien außer Kraft zu setzen. Man verlangt unverschämterweise die Zustimmung der Arbeitnehmer zur Aufhebung des Reichstarifvertrages und zur Kürzung der Lohnsätze teilweise bis zu 38 Prozent. Durch die Lohnkürzung in diesem Ausmaß sollen die besonderen Interessen der schlesischen Schuhindustrie berücksichtigt werden.

In Schlesien kennt man schon seit Jahren keine Vollarbeit; im Jahresdurchschnitt beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 32 bis 36 Stunden.

Von einer besonderen Notlage können in diesem Fall nur die Schuharbeiter sprechen, deren Gesamt-Jahreseinkommen als viel zu niedrig bezeichnet werden muß; deshalb wird eine Lohnerhöhung von 20 Prozent als Ausgleich gefordert. — Die schlesische Schuharbeiterschaft verlangt, daß die amtlichen Stellen nicht aus Unkenntnis der tatsächlichen Verhältnisse zum Begutachter der reaktionären Bestrebungen der schlesischen Schuhfabrikanten werden.

Rußland kauft

Rußlands Machtstellung auf dem Weltmarkt ist weit größer als es der russischen Kaufkraft entspricht. Einmal weil Rußland überhaupt kaufen kann, wo alle anderen Länder immer kaufunfähiger werden, zum andern weil in dieser Zeit, in der vor allem für teure Lagerhaltung produziert wird und nicht auf feste Lieferungsverträge, die zentralisierte Kaufkraft des russischen Handelsmonopols vielfach ins Gewicht fällt.

Rußland ist vor allem Käufer von Maschinen. Die Einfuhr von Maschinen und Industrie- und Verkehrsausrüstung hat sich seit 1927 mehr als verdoppelt, bei Landmaschinen mehr als verdreifacht, bei Traktoren sogar nahezu verzehnfacht. Diese starken Steigerungen sind eine Auswirkung des russischen Industrialisierungsplans, der im laufenden Jahr sein entscheidendes Stadium für Erfolg oder Mißerfolg erreicht hat.

Für das laufende Jahr liegen noch nicht genügend Zahlen vor, um über die wirkliche Gestaltung der Einfuhr ein Bild zu erhalten. Immerhin lassen die Zahlenangaben für die ersten fünf Monate gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr einige Schlußfolgerungen zu.

Die Einfuhr der ersten fünf Monate betrug in 1000 Rubel:

	1931	1930
Maschinen und Apparate, Teile davon	100 465	88 836
Elektromaschinen und elektrotechnische Artikel	13 607	19 475
Optische, physikalische u. chemische Apparate	5 039	6 207
Landmaschinen u. Teile davon	20 738	31 805
Traktoren und Teile davon	77 749	59 974

Davon entfielen in den gleichen Zeiträumen auf Deutschland:

	1931	1930
Maschinen und Apparate	56 054	33 029
Elektromaschinen und elektrotechnische Artikel	8 520	7 987
Optische und physikalische Geräte	2 995	4 091
Landmaschinen	4 582	9 302
Traktoren	106	1 734

Der Anteil Deutschlands an der sowjetrussischen Einfuhr ist teilweise also recht erheblich, wenn auch in einigen Zweigen rückläufig. Es wird von den schwebenden Verhandlungen abhängen, ob Deutschland seinen Anteil wird erhalten oder sogar fördern können. Der Rückgang des Anteils der USA. läßt eine weitere Steigerung des deutschen Anteils möglich erscheinen. Allerdings wirkt sich jetzt die Konkurrenz der verwässerten Währung Englands aus. Vom 1. Januar bis zum 15. September d. J. stellten sich die Sowjetbestellungen in England auf 10 385 000 Pfund Sterling, das sind 23 Prozent mehr als im ganzen Jahr 1930 (8,8 Millionen Pfund Sterling), 56 Prozent der Sowjetbestellungen in England entfielen in der Berichtszeit auf Maschinen und Ausrüstungen, wobei Bestellungen an 180 englische Firmen (darunter an 60 Firmen zum ersten Male) vergeben wurden. 37 Prozent auf Rohstoffe und Halbfabrikate und 7 Prozent auf Massenbedarfsartikel.

Der Einfuhrbedarf Rußlands wird allerdings in dem Maße rückgängig werden, als die maschinelle Ausrüstung ausreicht, um die eigene Produktion aufzunehmen. In dieser Entwicklung kann die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise, die ja auch Rußland als Agrar-Exportland trifft, eine Hemmung darstellen und zu einer Verzögerug führen. Aufgehalten kann diese Entwicklung nicht werden. Z. B. wird der bisher stark zurückgebliebene schwere Maschinenbau im kommenden Jahr stark anwachsen, und zwar durch die Inbetriebsetzung der Maschinenfabrik „Uralmaschstroj" im Uralgebiet, mit einer Jahresproduktion von 100 000 Tonnen und der Kramatovski-Fabrik mit einer Jahresproduktion von 150 000 Tonnen Ausrüstungen. Ferner ist im Sommer 1930 die große Traktorenfabrik in Stalingrad fertig geworden, sowie die Traktorenabteilung der Putilow-Werke in Leningrad. Dazu ist jetzt das große Traktorenwerk in Charkow gekommen, und Ende 1932 ist im Uralgebiet ein weiteres Werk erstellt. Ebenso liegen die Dinge im Automobilbau, wo eine in kurzer Zeit betriebsfertige Fabrik in Nishni-Nowgorod allein jährlich 140 000 Automobile wird liefern können. Auch im Land- und Werkzeugmaschinenbau sind weitere Zunahmen zu erwarten.

Man muß gegenüber diesem erfolgreichen Aufbauwerk aber zweierlei beachten: einmal, daß der Bedarf Rußlands immer noch schneller wächst als die eigene Produktionsfähigkeit. Zum andern, daß dieser Aufbau der eigenen Industrie infolge der unzureichenden Voraussetzungen immer noch noch nicht vollständig ist und an vielen Stellen Leerlauf und Lücken entstehen läßt. Auf absehbare Zeit bleibt Rußlands Einfuhrbedarf mit rasch wechselnder Bedarfsrichtung, bleibt Rußland also Käufer auf dem kapitalistischen Markt. Das ist zugleich Rußlands Stärke und seine Schwäche; das legt dem Sowjetstaat Fesseln auf, die er tragen muß, solange die hochindustriellen Länder noch kapitalistisch, noch nicht sozialistisch-revolutionär sind.

ɟ

Lokalblatt der SAZ
Reichsausgabe

Königsberg

Wie hoch sind die Lebenshaltungskosten in Königsberg, Rastenburg und Marienwerder? Die „Statistische Korrespondenz" veröffentlicht soeben die Entwicklung der Lebenshaltungskosten im zweiten und dritten Vierteljahr. Diese Teuerungszahlen (etwa der vierwöchige Bedarf einer fünfköpfigen Arbeiterfamilie für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung, also ohne Kleidung und sonstigen Bedarf) sind nicht als Existenzminimum anzusehen und sind auch örtlich nicht unmittelbar, sondern nur in der Bewegung vergleichbar, geben aber wertvollen Aufschluß über die Preisbewegung. In Königsberg betrug die Teuerungszahl im April 152,02, im Mai 150,92, im Juni 155,97, im Juli 154,10, im August 146,40 und im September 145,63, war also im Juni am höchsten und im September am geringsten. Im September lagen die Lebenshaltungskosten um 3,6 Prozent unter denen im April. Im dritten Vierteljahr 1931 lagen die Lebenshaltungskosten um 6,9 Prozent unter denen im dritten Vierteljahr 1930 und um 9,3 Prozent unter denen im dritten Vierteljahr 1929. Während die Teuerungszahl für Ernährung allein in Königsberg im dritten Vierteljahr 1931 gegen das dritte Vierteljahr 1930 um 11 Prozent und gegen das dritte Vierteljahr 1929 um 18,6 Prozent gesunken war, war die für Wohnung allein im letzten Vierteljahr nur um ein Prozent geringer als im dritten Vierteljahr 1930, dagegen um 8 Prozent höher als im dritten Vierteljahr 1929. In Rastenburg belief sich die Teuerungszahl im April auf 124,06, im Mai auf 125,29, im Juni auf 126,97, im Juli auf 129,89, im August auf 127,26 und im September auf 124,34, war also im Juli am höchsten und im April am niedrigsten, lag allerdings im September nur um 0,2 Prozent über der von April. Die Senkung der Teuerungszahl im dritten Vierteljahr 1931 gegen das dritte Vierteljahr 1930 betrug 2,5 Prozent und gegen das dritte Vierteljahr 1929 7,5 Prozent, die der Teuerungszahl für Ernährung allein 3,8 Prozent bzw. 13,4 Prozent, während die für Wohnung allein gegen das dritte Vierteljahr 1930 unverändert geblieben ist und gegen das dritte Vierteljahr 1929 um 7,1 Prozent gestiegen ist. In Marienwerder beziffert sich die Teuerungszahl für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung im April auf 123,62, im Mai auf 124,85, im Juni auf 124,97, im Juli auf 126,41, im August auf 122,26 und im September auf 119,73, war also im Juli am höchsten und im September am niedrigsten. Die Zahl für September lag um 3,1 unter der für April. Die Senkung der Teuerungszahl im dritten Vierteljahr 1931 gegen das dritte Vierteljahr 1930 betrug 6,8 Prozent und gegen das dritte Vierteljahr 1929 11,3 Prozent. Die Teuerungszahl für Ernährung allein sank entsprechend um 9,9 bzw. 17,6 Prozent, während die für Wohnung allein gegen das dritte Vierteljahr 1930 unverändert blieb und gegen das dritte Vierteljahr 1929 um 4,4 Prozent stieg. Im Verlauf des Berichtshalbjahres ist die Senkung in Königsberg am stärksten gewesen, gegenüber den Vorjahren jedoch in Marienwerder trotz der starken Senkung der Teuerungszahl für Ernährung in Königsberg, die durch die Steigerung der Teuerungszahl für Wohnung wieder aufgehoben wurde.

Eutin

Das Dritte Reich — auch das Reichsbanner? Bei einem am 9. November vom Reichsbanner veranstalteten Umzug entstand auf dem Marktplatz eine Schlägerei mit den Nationalsozialisten, wobei, neben mehreren Schwerverletzten, ein Nationalsozialist getötet wurde. Daraufhin setzte seitens der Nationalsozialisten ein Terror ein, der sichtlich auf Rache abgestimmt war. Erstaunlicherweise erging von der Reichsbannergauleitung ein Befehl an den Vorsitzenden des Eutiner Reichsbanners, Leiboldt, und den Jungbannerführer Buhrke, der besagte, in Anbetracht der gegen sie ausgestoßenen Mordandrohungen sollten sie die Stadt verlassen, zumal die Polizei erklärte, für ihre Sicherheit nicht aufkommen zu können. — Soweit der Tatbestand. Abgesehen davon, daß uns der Entrüstungskoller aller Nazizeitungen mitsamt ihrem Angebinde heimatständischer Provinzkäseblättchen nicht von der Schuld des Reichsbanners zu überzeugen vermag, sind doch immerhin die Folgen interessant, die diese Vorfälle zur Folge hatten. Herr Rechtsanwalt Böhmker nahm diese Gelegenheit wahr, um sich für seinen Durchfall in Oldenburg zu revanchieren. Der Osaf Böhmker richtete an die Stadtverwaltung die Forderung: **„Aechtung und Ausschluß aller Reichsbanner- und SPD-Mitglieder aus der städtischen Lebensgemeinschaft!** Daraufhin fühlte sich der Magistrat bemüßigt, den Gasableser Siebenbrodt, der Reichsbannermann ist, fristlos zu entlassen. Die Eisenhandlung Janus entließ ihren Laufburschen, weil er dem Jungbanner angehört, und stellte dafür einen Nazi ein. Die Buchdruckerei Struve („Anzeiger für das Fürstentum Lübeck") entließ einen Schriftsetzer, der dem Arbeitersportverein angehört. Und was sagt Herr Bürgermeister Stoffregen vor dem Eutiner Stadtrat?" Das Reichsbanner treffe einwandfrei die Schuld —. Er müsse den ihm gemachten Vorwurf, daß er über die schon seit Tagen kritische Stimmung in der Stadt vor dem 9. November nicht genügend unterrichtet gewesen sei, als unberechtigt zurückweisen, und infolge eines auf das Verschulden des Polizeikommissars Marx zurückzuführenden unterbliebenen amtlichen Berichtes über die **kritische Lage am 9. November nicht unterrichtet war.** Er habe im Augenblick der tötlichen Schlägerei an einer Sitzung im Rathaus teilnehmen müssen." Wie reimt sich das alles zusammen? Trotz seiner mangelnden Informierung wertet der Herr Bürgermeister einseitig. Wir wissen jetzt, wie ernst wir seine Entrüstungstöne zu nehmen haben. — Aber tat es not, daß gerade im gegebenen Augenblick die Führer des Reichsbanners verschwinden mußten und ihre Kameraden allein ließen? Ihre Flucht war es, welche die Nazis aufs hohe Pferd setzte und ihnen die langgesuchte Gelegenheit gab, alle Register ihrer unflätigsten Stilistik ungestraft ziehen zu können. **Denn hat es dadurch nicht den Anschein bekommen, als ob das Reichsbanner durch die Flucht seiner Führer sich selbst schuldig bekennt!** Es hat der Arbeiterklasse einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

Feuerprobe für den Schutzbund

Reichsbanner kriegt Angst vor der eigenen Courage

Auch in Bremen geht es mit unserer Bewegung vorwärts. Ständig können wir Neuaufnahmen für die SAP verzeichnen. Wir sind jetzt dabei, in allen Stadtteilen unsere Abteilungen organisatorisch zu festigen. Die Herausgabe unseres wöchentlich erscheinenden vierseitigen Mitteilungsblattes machte sich notwendig, um unseren Mitgliedern auch lokale Begebenheiten mitteilen zu können und kritisch dazu Stellung zu nehmen. Es ist in Bremen so wie in anderen Orten, daß insbesondere die SPD-Presse in nicht gerade sachlicher Art über uns berichtet oder gegen uns polemisiert.

Unser junger Schutzbund hatte gleich am Gründungstag eine Feuerprobe zu bestehen. Wie die SAZ bereits berichtete, kam es am Abend des 9. November zu

Schlägereien zwischen Nazis und Reichsbannerleuten, bei denen unsere Schutzbündler den Reichsbannerleuten zu Hilfe kamen.

Das Ergebnis war, daß etwa 80 unserer Genossen von der Polizei verhaftet und mehrere Tage in Haft genommen wurden und

z. T. noch in Haft

sind, während die Nazis völlig unbehelligt blieben. Die Verhafteten waren fast alles Funktionäre, und unter ihnen befanden sich fast alle Vorstandsmitglieder. **Trotzdem die** ersten erst am Mittwochabend aus der Haft entlassen wurden und 22 noch in Haft waren, wurde bereits zum Sonnabend eine Mitgliederversammlung einberufen, die zu den Polizeischikanen am 9. November Stellung nahm. Trotz der kurzen Einberufungszeit war die Versammlung sehr stark besucht. Genosse Stocklinger schilderte nochmals die Vorgänge vom 9. November, besonders das Verhalten der Polizei und die Schreibereien der Presse.

Bezeichnend ist, daß die Berichte der „Bremer Volkszeitung" die SAP belasten und die bürgerliche Presse das aufgriff. Aber selbst der Polizeibericht straft die „Volkszeitung" Lügen. Die Reichsbannerleitung glaubte, in einem langen Aufruf feststellen zu müssen, daß keine Arbeitsgemeinschaft mit dem Schutzbund bestände.

Tatsache ist, daß sofort nach dem Auftauchen des Putschgerüchts sich unsere Genossen erst telephonisch mit dem Reichsbanner in Verbindung setzten und später drei Genossen mit der Leitung der Wachbereitschaft des Reichsbanners persönlich Rücksprache nahmen. Das Ergebnis war, daß zwei Schutzbündler als Verbindungsleute beim Reichsbanner blieben, während das Reichsbanner zwei Leute seines Nachrichtendienstes zu uns sandte. Hinterher streitet man das nun ab.

Der Abend gab auch eine gute Lehre, wie republikanisch die Polizei ist. In der Unterredung erklärten der Wachthabende und der technische Leiter des Reichsbanners, daß zwei Drittel der Polizei auf ihrer Seite stünden. Nach den anschließenden praktischen Erfahrungen des Abends war scheinbar nur das andere Drittel eingesetzt. Wir mußten erleben, daß

die Polizei gemeinsam mit den Nazis auf unsere Leute

einschlug. Weiter ist gesehen worden, daß die Nazis Ueberfallkommandos angaben, wohin sie fahren sollten. Auch hängten Nazis sich an Polizeiautos und fuhren mit zur Nordstraße, wo es zur Schlägerei mit Reichsbannerleuten kam. Daß

keiner der Hakenkreuzler verhaftet

wurde, nimmt dann weiter kein Wunder. Schikanös war die Behandlung der verhafteten Genossen.

Auf Ueberfallwagen zusammengepfercht wurden die Schutzbündler zur Lindenhofwache transportiert und mußten hier 8½ Stunden im zugigen Hausflur stehend die Nacht verbringen. Um 8 Uhr vormittags mußten sie dann unter Bewachung von etwa 30 Schupos barhäuptig durch die Straßen zum Untersuchungsgefängnis marschieren.

Man kann nicht die vielen kleinen Schikanen aufzählen, die unsere Genossen seelisch zermürben sollten, um evtl. belastende Aussagen zu erhalten. Doch keiner verlor die Nerven, und der Geist der Mitgliederversammlung zeigt, daß diese Behandlung den Kampfwillen noch gestärkt hat.

Wir sind da. Weder Polizei noch Naziterror können uns unterdrücken. Noch heute sind

drei unserer Genossen in Haft.

Unsere Solidarität ist ihnen gewiß. Wir werden alles daransetzen, ihr Los zu erleichtern und ihre Haft zu verkürzen. Gute Rechtsanwälte haben die Angelegenheit in Bearbeitung.

In Bremen geht es vorwärts, und unsere erste öffentliche Versammlung am 30. November mit dem Genossen Max Seydewitz als Redner wird uns neue Streiter für die SAP bringen.

Ratingen

Das Loch im Stadtsäckel. — „Nur" 400 Prozent Bürgersteuer. Trotz Notverordnungen, trotz Sparkommissar, trotz Drosselung der Ausgaben — richtiger: Erdrosselung des Sozialetats — und trotz Erhöhung der Einnahmen — auf dem Papier natürlich — ist ein immer weiteres Sinken des im Mai beschlossenen Haushaltsplanes in den Abgrund festzustellen. Betrug der Fehlbetrag bei der Verabschiedung des Etats rund 350 000 Mark, so ist er mittlerweile auf fast eine halbe Million angewachsen. Hoffte die Stadtverwaltung im Frühjahr noch auf die Hereinbringung einer Summe von 258 222 Mark, die als „versteckter Fehlbetrag" in den Etat eingesetzt waren, durch Reichs- und Staatsbeihilfen, so ist diese Hoffnung auf den Nullpunkt gesunken. Verzweifelt schreibt die Stadtverwaltung:

„Eine noch stärkere Herabdrückung des Fehlbetrags durch weitere Sparmaßnahmen muß bei dem Umfange der bereits vorgenommenen Kürzungen als ausgeschlossen bezeichnet werden. Angesichts der Finanzlage der Stadt, die in einem ganz außergewöhnlichen Maße unter der Erwerbslosigkeit und dem Rückgang der Wirtschaft zu leiden hat, ist bestimmt damit zu rechnen, daß sie bei der Ausschüttung der dem Lande Preußen zur Verfügung stehenden Fonds bedacht wird. **Eine namhafte Staatsbeihilfe ist aber auch erforderlich, wenn die Stadt nicht unter den Wohlfahrtslasten zusammenbrechen soll und gezwungen ist, die Zahlungen einzustellen."**

„Es ist also damit zu rechnen, daß . . . ." Mittlerweile schreitet die Verelendung der Massen immer weiter voran. Das mit bürokratischer Exaktheit aufgebaute Zahlengebäude wird von der brutalen Wirklichkeit über den Haufen gerannt. Ueber ein Drittel der Bevölkerung — bei knapp 19 000 Einwohnern — ist zur Bestreitung des notdürftigsten Lebensunterhalts auf die öffentliche Hand angewiesen. Und noch stehen wir am Anfang des Hungerwinters. Mit Bettelsuppen und Notgemeinschaften hofft man, darüber hinwegzukommen. Der sozialdemokratische Regierungspräsident Bergemann „notverordnete" nun für unsere Gemeinde 400 Prozent Bürgersteuer. Der Abgesandte der Regierung, welcher die Notlage der Gemeinde zu prüfen hat, „notverordnet" weitere Not. Abgesehen von einigen Einsparungen beim Etat, denen man ohne weiteres zustimmen kann, sollen rund 200 000 Mark bei den Ausgaben eingespart werden. Allein durch Herabsetzung der Richtsätze in der gehobenen und in der allgemeinen Fürsorge 18 000 Mark, durch Drosselung der Sachausgaben 70 000 Mark. Die Erhöhung der Gas-, Wasser- und Strompreise soll 21 000 Mark bringen. Die volle (bisher 70prozentige) Heranziehung der Anlieger zu den Kanalgebühren wurde ebenfalls verordnet. Sie hat eine Erhöhung der Mieten zur Folge.

Herne-Börnig

Versammlung der SAP. Die Herner Ortsgruppe hatte in einer Mitgliederversammlung die Genossen nach dem Lokal Rasier in Börnig eingeladen, um für die SAP zu werben. Ueber 70 Genossen und Genossinnen waren dem Ruf gefolgt, leider erwies sich das Lokal zu klein. Der Genosse Struse, Gelsenkirchen, besprach in einem gutdurchdachten Vortrag die Ursachen, die zur Gründung der SAP führten und beleuchtete die Parolenpolitik der KPD. In der Diskussion sprach von der SPD der Genosse Sohn, der die Politik seiner Partei nicht verteidigte und die „Demokratie" in der SPD kritisierte. Von der KPD sprachen verschiedene Genossen, die alle die Gründung der SAP ablehnten. Genosse Geßmann brachte eine langatmige Resolution ein. Ganze sechs Hände erhoben sich für die kommunistische Einheitsfront, alle anderen waren dagegen. Weiter sprachen die Genossen Maas, Richter, Behnk und Welz für die klassenbewußte SAP. Genosse Welz ging auf die berühmte „Einigkeit" vor dem Kriege ein, von der sich 1914 gezeigt hat, daß die Partei ein Koloß auf tönernen Füßen war. In seinem Schlußwort hatte es Genosse Struse leicht, die Argumente der KPD zu widerlegen. Mit dem Erfolg der Versammlung sind wir zufrieden; ein großer Teil der Besucher ließ sich als Mitglieder aufnehmen. Wir haben heute in Sodingen-Börnig eine ansehnliche Ortsgruppe, die sich sehr wohl mit der SPD-Ortsgruppe messen kann. Die nächste Mitgliederversammlung findet Samstag, den 28. Nov., 20 Uhr, im Lokal von Strickmann statt.

Krofdorf-Gießen

Erfolg reiht sich an Erfolg. Am 21. d. Mts. fand im Freundschen Saal die erste öffentliche SAP-Versammlung statt. Trotzdem man uns das einzige Publikationsorgan des Ortes (Ortsschelle) verweigerte, war die Versammlung äußerst gut besucht. Genosse Portune aus Frankfurt a. M. referierte über „Warum SAP?" und fand mit seinen Ausführungen den ungeteilten Beifall der Anwesenden. Die KPD hatte als Diskussionsredner ihren Genossen Repp von Gießen entsandt, der sich um des Pudels Kern herumdrückte und sich der gemeinsten Ausdrücke und rein persönlichen Angriffe gegen unseren Genossen Portune bediente. Genosse Portune zerpflückte im Schlußwort restlos die schmutzigen persönlichen Angriffe gegen seine Person. Von der SPD sprach Genosse Schneider, Krofdorf. Seine Ausführungen waren sachlich, aber weit davon entfernt, Gegenstimmung zu erzeugen. Genosse Portune gab ihm Winke, die er sicher nicht an die zuständige Stelle weitergeben wird. Die Versammlung verlief ruhig. Einige Neuaufnahmen wurden gemacht.

Bezirk Württemberg der SAP

Sonntag, 29. November, findet im Hauffsaal des Städtischen Jugendheims, Hauffstr. 3, vormittags 10 Uhr, unsere

1. Bezirkskonferenz

statt.

Tagesordnung:

1. Wahl des Präsidiums.
2. Referat des Genossen Portune, Frankfurt: „Die politische Lage und die SAP".
3. Aussprache.
4. Bericht der Ortsgruppenvertreter.
5. Wahl des Bezirksvorstandes.
6. Organisationsfragen.

An der Konferenz kann jeder Genosse teilnehmen, der sich durch Mitgliedskarte ausweist oder die Mitgliedschaft noch vor Beginn der Konferenz erwirbt.

Die Mitglieder des Sozialistischen Jugendverbandes sind als Gäste willkommen.

Vom Hauptbahnhof aus ist das Tagungslokal mit den Straßenbahnlinien 1 und 21, Richtung Cannstatt, zu erreichen. (Haltestelle Neckartor.).

Offenbach

„Das kleine Grüppchen der Spalter" — wie wir hier von dem sozialdemokratischen Parteiblatt genannt wurden — wird immer größer. Zuerst waren wir, nach der SPD-Zeitung, nur drei Leute mit Minderwertigkeitskomplexen, dann ein Häuflein Unglück, nun sind wir eine Giftkröte. Dabei stellen wir von Woche zu Woche eine wachsende Anzahl von Mitgliedern fest. An diesem Sonntag konnten wir sogar in dem rein ländlichen Kreis Dieburg, wo wir während der Wahl feste Ortsgruppen bilden konnten, eine Unterbezirks-Konferenz abhalten. In unserer letzten Versammlung sprach Genossin Sewenich zu unserm Aktionsprogramm. Sie zeigte zunächst das Wesen der Demokratie auf, wie die SPD bei ihrer Gründung die Forderung des Kleinbürgertums nach demokratischer Gestaltung aufnahm und so die Kampfgemeinde dieses aufblühenden kapitalistischen Bürgertums war. Dieses im Kapitalismus erstarkte Bürgertum, das zuerst mit Hilfe der Demokratie den Staat für sich nutzbar umgestalten wollte, empfindet heute bei ihrem Interesse auf unbeschränkte kapitalistische Herrschaft im Staate die Demokratie als Hemmung. Die SPD fühlt sich als Sachwalterin der Demokratie und wurzelt mit ihrer ganzen Ideologie in jener Zeit der Kämpfe um die Eroberung des Staates mit Hilfe der Demokratie. Die KPD aber ist völlig in der Revolutionsromantik von 1918 stecken geblieben und kann von dieser Einstellung nicht loskommen. Demgegenüber wurzelt als neue Partei, von der Vergangenheit völlig unbeschwert, die SAP in dem Zeitgeschehen von 1931. Für die Ortsgruppen der SAP ist notwendig, daß sie sich eingehend mit dem Aktionsprogramm auseinandersetzen, damit dieses Programm einen Ausdruck der Gesamtheit bilde und nicht das Ergebnis eines Gelehrtenzirkels. Der Einführung in diese Auseinandersetzung galten diese ersten grundsätzlichen Darlegungen. In weiteren Aussprachen soll das Wesen des Faschismus erschlossen werden.

Versammlungskalender

SAP Düsseldorf. Die gestern veröffentlichte Versammlungsnachricht war falsch. Die Mitgliederversammlung am Donnerstag wird doch im Taunus abgehalten.

SJV Groß-Hamburg. Freitag, 27. November, 8 Uhr, im Volksheim Marschnerstr. 36 zentrale Veranstaltung. Genosse Portune, Frankfurt spricht über: „Die Aufgaben der Gewerkschaften." Durch Mitglieder eingeführte Gäste willkommen!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Willi Schaber; für Inserate: Johannes Hoffmann. Verlag: Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H. Druck: Georg Koenig, sämtlich in Berlin O 27, Magazinstr. 15/16.

„SAZ Sozialistische Arbeiterzeitung" erscheint täglich außer Montags.

Redaktion: Berlin O 27, Magazinstr. 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2904.

Verlag und Expedition: Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Tel. Kupfergraben E 2 2905.

Bezugspreis für einen Monat durch die Spedition: RM 2.40 einschließlich Bestellgeld. Durch die Post bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Durch den Verlag bezogen: RM 2.10 und RM —.36 Zustellgebühr. Unter Kreuzband: RM 2.10 monatlich zuzüglich RM 1.80 Porto.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unserer Spezialtarife für die Verbreitungsgebiete.

Alle Zahlungen sind zu leisten an: „Sichel Zeitungs-Verlagsges. m. b. H." Berlin O 27, Magazinstraße 15/16. Postscheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 158 929.

Feuilleton der SAZ

Des Niggers Chance

Von Ernst Toller

Man tut den deutschen Sensationsblättern unrecht, keins erreicht je das Niveau der amerikanischen Tageszeitungen. (Nur New York Times" und „Call", San Franzisko, bilden Ausnahmen.)

Eine halbe Seite politische Nachrichten.

Zwei Seiten Society-Mitteilungen.

Miß X. ist in die Gesellschaft eingeführt worden (Porträt).

Mrs. Y. gab einen Tee (Bild der idyllisch gruppierten Gäste).

Mrs. Z. empfing den Besuch eines albanischen Grafen (Großaufnahme).

Dann fünf Seiten Morde, Diebstähle, Einbrüche, Räubereien, Filmstaraffaren.

Die Unbildung der großen Mehrzahl der amerikanischen Journalisten ist unbeschreiblich. Aber wozu brauchen sie Bildung? Die politische Linie bestimmen drei oder vier Zeitungsmagnaten, Sottisen zu sammeln, haben sie Talent genug.

Der Himmel bewahre uns vor amerikanischem Zeitungsbetrieb! Der europäische genügt.

Vor mir liegt die „Los-Angeles-Times". Auf der ersten Seite fettgedruckte Ueberschrift:

„ER HAT SEINE CHANCE NICHT AUSGENUTZT."

Ist von einem Boxer die Rede? Von einem Börsenmakler? Vom Völkerbund? Ich lese:

„Lynchjustiz in Texas! Sonderbericht! Alle Einzelheiten!"

In einem Walde, nahe einer kleinen Stadt in Texas wurde ein Neger, der angeblich eine weiße Frau vergewaltigt hatte, von einer, nach Gerechtigkeit dürstenden Menge aus dem Gefängnis geholt und an einen Baum gehängt. Der Strick riß, das Opfer, ohnmächtig vor Schreck und Schmerz, fiel zu Boden. Erst glaubte die Menge, der Neger sei tot. Aber bald zeigte sich, daß er noch lebte. Rasch wurde ein Reiter ins Städtchen gesandt, um einen neuen Strick zu holen.

Das Publikum langweilte sich.

In Amerika hat bekanntlich jeder eine Chance, und so rief ein Babbit, man möge auch dem Opfer die allgemeine Gunst nicht versagen.

„Gebt ihm eine Chance," kreischte der Mann mit dem guten Herzen, „bis der Reiter zurück ist, soll er uns erzählen, warum er die Tat begangen hat."

Der arme Neger konnte sich kaum auf den Beinen halten. Mit letzter Anstrengung versuchte er zu sprechen. Vielleicht wollte er erklären, daß er gar nicht die weiße Frau vergewaltigt habe. Daß im Gegenteil sie ihm eine Chance gab, die er gleich Joseph bei Frau Potiphar nicht ausnutzen wollte.

Der Neger stammelte. Schweiß brach ihm aus den Poren, aber ach, die Silben formten sich nicht zu Worten, aus seinem Munde floß Speichel und jammernder Laut.

„Er nützt seine Chance nicht aus!" riefen etliche aus dem Publikum, und da inzwischen der Reiter wiedergekommen war, wurde dem Neger aufs neue die Schlinge um den Hals gelegt und zwiefach gegürtet, damit sie diesmal nicht reiße.

Nun konnte das Opfer, befreit vom Wohlwollen seiner Mörder, die Chance ergreifen, die selbst der stummen Kreatur bleibt.

Geschehen im November 1929 nach Christi Geburt in Gottes eignem Land.

Amerika ist ein freier Staat, er verbietet die Sklaverei. Auch das amerikanische Herz in den Südstaaten schlägt höher beim Wort Menschlichkeit, aber die Entrechtung des Negers im politischen und sozialen Leben wird als selbstverständlich hingenommen.

Daß der Neger nicht mit Weißen in einem Zugabteil, in einer Trambahn, auf einem Schiffsdeck fahren darf, daß ihm fast alle Universitäten, Hotels, Theater verschlossen bleiben, daß er in der Praxis kein Wahlrecht ausüben darf, wird als recht und billig empfunden.

Wer in Amerika wählen will, muß eine bestimmte Summe Geldes besitzen und . . . Bildung.

Kommt nun ein Neger zum Richter, der über seine Zulassung als Wähler entscheidet, so fordert der Weiße ihn auf, entweder einen weißen Zeugen aufzutreiben, der für sein Vermögen bürge, oder ihm einen Beweis seiner Bildung zu demonstrieren. Zum Beispiel soll er darüber Auskunft geben, warum die Urteilsbegründung im Prozeß gegen Herrn X., der vor zwei Jahren in Washington geführt wurde, berechtigt war, und der Neger muß schließlich voller Selbstzerknirschung einsehen, daß ihm die Qualitäten für das amerikanische Wahlrecht fehlen.

Wie gut haben es doch weiße Mädchen in den Südstaaten! Fühlen sie sich schwanger, ist immer die Ausrede zur Hand, irgendein Schwarzer habe sie genotzüchtigt. Sie behalten ihre Ehre und die Ehrlosigkeit des Negers wird vom Richter Lynch geahndet. Denn was gilt der Eid eines Negers!

Die ILD veröffentlicht jeden Monat ein Bulletin, dem ich die Lynch-Statistik für den Monat Mai 1930 entnehme:

Delaware, Wilmington, Mai 1930. Der Neger Theo Ruß war angeklagt, eine weiße Frau vergewaltigt zu haben. Am 17. Juli sollte er gehängt werden. Die ILD nahm den Fall auf und brachte folgendes in Erfahrung: Ruß hatte von einer bekannten Alkoholschmugglerin, Frau Mary Roed, Schnaps gekauft. Als er das zweitemal kam, wollte er sich um die Bezahlung drücken. Der Ehemann und der Bruder der Frau Roed ertappten ihn dabei. Am nächsten Tage wurde er verhaftet, die Schnapsgeschichte wurde nicht erwähnt, statt dessen wurde die Anklage wegen Vergewaltigung erhoben.

Oklahama, Chickasha, 30. Mai. Henry Argo wurde der Vergewaltigung beschuldigt. Offensichtlich zu Unrecht. Das Gefängnis, in dem er saß, wurde gestürmt, und da die Gitter dem Ansturm widerstanden, schoß man in die Zelle (die in Amerika nicht durch Türen, sondern durch Eisengitter verschlossen ist) und tötete den Neger.

Tennessee, Oakdale, 19. Mai. Der Neger Herbert Robertson, ein Arbeiter, wurde in der letzten Nacht im Hofe der Eisenbahnwerke von einem Beamten grundlos erschossen.

Texas, Houston, 28. Mai. Im Jahre 1928 überfiel ein Weißer einen Negerportier. Der Neger, in Notwehr, schoß und tötete den Angreifenden. Da er wußte, daß einem Neger Notwehr kaum zugebilligt wird, entfloh er nach Arizona. Dort wurde er am 28. Mai verhaftet und wartet auf seine Verurteilung.

Sherman, 10. Mai. Ein Neger, der Arbeiter George Hughes, wurde verhaftet und der Vergewaltigung bezichtigt. Die Menge stürmte das Gefängnis, zündete es an, und bemächtigte sich des Hughes. Er wurde gelyncht, und sein verstümmelter Leichnam an einen Baum gehängt. Während des Lynchgerichts wurden viele Neger angegriffen und ihre Wohnungen geplündert.

Virginia, Norfalk, 22. Mai. Stephan Graham wurde wegen Verteilung von Antilynchflugblättern verhaftet. Er wurde beschuldigt, Schriften, die zum Aufruhr anstiften, verteilt zu haben.

Portsmouth, 21. Mai. Stephan Graham wurde wegen Verteilung von Antilynchflugblättern verhaftet. Die Polizei beschuldigt ihn der Erregung öffentlichen Aergernisses.

*

Es wird sich einmal furchtbar an Amerika rächen, was es den Schwarzen an Schmerz und Unrecht zufügt.

Ein starker Negerbund verficht die Rechte des „coloured people", eigene Universitäten und Schulen, Hotels und Theater nehmen die von der weißen Rasse Unterdrückten auf.

Heute kämpft ein Trupp von schwarzen Pionieren, morgen wird eine selbstbewußte Millionenarmee um Menschenrechte kämpfen.

Opposition im SDS

Generalversammlung der Berliner Ortsgruppe des Schutzverbandes — Parlamentarische Sitten bei den Schriftstellern

Seit langer Zeit kämpft eine zahlenmäßig immer stärker werdende oppositionelle Gruppe im Schutzverband Deutscher Schriftsteller gegen die Praktiken der Verbands-Bürokratie an, deren Kaiser und unfehlbarer Papst zugleich Herr Robert Breuer ist, ehedem Chef der Pressestelle beim Auswärtigen Amt, heute noch eine bedeutsame Kraft in der Reichszentrale für Heimatdienst; nebenbei verwaltet Herr Breuer auch noch das Ressort Literatur bei der SPD, wofür er nach seinem ganzen Herkommen besonders vorbestimmt erscheint. Angesichts einer solchen Führernatur darf es nicht verwundern, daß der SDS in einer Weise regierungsfromm wurde, die gar nicht verständlich wäre, wenn man nicht wüßte, daß der „Schriftstellergewerkschaft" aus amtlichen Mitteln immer wieder Subventionen zugeflossen sind, deren Annahme natürlich jede Möglichkeit ertötet hat. im Interesse der Schriftsteller deren Forderungen zu verfechten.

Um diese unhaltbaren Zustände zu ändern, die noch durch den Umstand verschärft wurden, daß der geschäftsführende Direktor des Verbandes, Werner Schendell, versuchte, jede Kritik an seiner Geschäftsgebarung durch Ausschlüsse oppositioneller Mitglieder zu ersticken, hat vor einigen Monaten die Berliner Gruppe einen neuen Vorstand gewählt, dessen Vorsitzender der Schweizer Schriftsteller Jakob Schaffner wurde, nachdem er sich auf den oppositionellen Kurs seiner Wähler verpflichtet hatte. Nach seiner Wahl jedoch fiel er alsbald um; unter dem nicht einmal abgeleugneten Einfluß Robert Breuers proklamierte er die Opposition als „kommunistisch", was sie nicht ist, und er verband sich nun seinerseits gegen sie mit der Bürokratie des SDS.

Am Montag hat eine neue Generalversammlung der Berliner Gruppe des Verbandes getagt und nahezu einmütig ein Mißtrauensvotum gegen Schaffner beschlossen, von dem nicht gesagt werden kann, daß er ein getreuer Schaffner gewesen sei. Nun aber erklärte der Herr Vorsitzende, daß auch dieses Mißtrauensvotum ihn nicht zum Rücktritt veranlassen könne. Die parlamentarischen Sitten, die hierzulande herrschen, haben auch auf diesen Vertreter des Schrifttums abgefärbt: der Reichskanzler erklärt, daß für ihn das Vertrauen des Parlaments mehr oder weniger unwichtig sei, da er ja das Vertrauen des Reichspräsidenten in hohem Maße genieße!

Bei den Schriftstellern scheint Herr Robert Breuer die Rolle des Reichspräsidenten zu spielen. Als 2. Vorsitzenden wählte die gestrige Generalversammlung Herrn Heinz Pol (früher Redakteur an Ullsteins „Vossischer Zeitung"), der an der Redaktion des Montagsblattes Willi Münzenbergs beteiligt ist.

Pol wird die Aufgabe zufallen, den Schaffner zum Aussteigen zu bewegen. Man kann nur wünschen, daß ihm dies Unternehmen glücken möge.

Kleines Feuilleton

Der Enkel Jaques Offenbachs

Bridjont Offenbach, der Enkel Jaques Offenbachs, der in den letzten Jahren als Interpret der Werke seines Großvaters bekannt geworden ist, hat erfolgreiche Gastspielreisen durch Frankreich, Belgien und Amerika absolviert. Er wird demnächst in Wien ein eigenes Konzert mit unbekannten Kompositionen Offenbachs veranstalten. Bridjont Offenbach wirkt gemeinsam mit seiner Frau, einer Sängerin.

Wissenschaftliche Funde in der Kulundinsk-Steppe

Aus Moskau wird berichtet: Eine Expedition der Akademie der Wissenschaften hat in der Kulundinsk-Steppe (Westsibirien) Ueberreste von Tieren und Vögeln aus der Juartärzeit gefunden, darunter Stoßzähne eines prähistorischen Elefanten und Skeletteile einer Riesengiraffe. Der Fund ist von großer wissenschaftlicher Bedeutung, da die Gelehrten bisher der Auffassung waren, daß die gesamte Fläche der Kulundinsk-Steppe zwischen den Städten Pawlodar, Barnaul und Senipalatinsk einst nicht dem Festland, sondern einem prähistorischen Meere angehört hatte. Die Entdeckung prähistorischer Tierskelette in der Kulundinsk-Steppe macht diese Auffassung hinfällig.

Der Riesenperser

3½ Meter groß soll ein 18 jähriger Perser, Siah Khan, sein, der sich entschlossen hat, demnächst eine größere Europareise vorzunehmen. Siah Khan will sich in verschiedenen Varietés vorstellen, um auf diese Weise recht viel Geld zu verdienen. Dieser Riesenperser lag den größten Teil seines bisherigen Lebens im Krankenhaus, da seine Beine den mächtigen Körper nicht zu tragen vermochten.

Aus Heuschrecken wird Seife

Nach einer Nachricht aus Chemikerkreise.. sollen demnächst Versuche unternommen werden, wonach es möglich wäre, die Leiber der in ungeheuren Schwärmen in Afrika auftretenden Heuschrecken zur Fettgewinnung nutzbringend zu verwerten. Dieses Fett soll sich in hervorragender Weise zur Seifenproduktion eignen.

Die in ihre Hände fallen...!

ROMAN von JUSTIN RICHTER

(Copyright by Greifenverlag Rudolstadt)

8. Fortsetzung

„Ja, um alles in der Welt, wovon willst du denn leben?"

„Von dem einzigen, was für mich noch möglich ist. Ich fahre nach Frankfurt und dort gehe ich auf den Strich."

„Betty, Betty, tu doch das nicht," schrie Hedi entsetzt.

„Freilich tu ichs nicht gern. Aber überlege dir doch nur einmal selber, was soll ich denn anders machen. Wenn ich nur einen finden tät, der mir das Fahrgeld bis Frankfurt gibt. Ich werde wohl stehlen müssen, damit ichs krieg. Aus der Anstalt haben sie mich entlassen, ohne jeden Pfennig Geld. Meine alten Kleider haben sie mir angezogen, die ich vor drei Jahren gehabt habe, wie ich eingeliefert worden bin, und so haben sie mich fortgeschickt."

„Das ist ja entsetzlich, Betty, und auch noch stehlen wollen. Wenn sie dich erwischen, stecken sie dich sogar ins Gefängnis."

„Was liegt denn da dran, im Gefängnis ists doch schöner wie in der Fürsorge. Bei uns war eine, die hat in der Anstaltskirche den Opferstock erbrochen und sich absichtlich dabei erwischen lassen, nur damit sie ins Gefängnis kommt. Die war so froh darüber, wie ich über die Entlassung."

Plötzlich kam Hedi ein Gedanke.

„Weißt du was, Betty, du mußt zu Dr. Geyer gehen."

„Wer ist das, Dr. Geyer?"

„Das ist mein Freund, ein Rechtsanwalt."

„O je, laß mich aus mit denen, sagte Betty, „die Sorte kenne ich. Amtsrichter, Rechtsanwalt, Pfarrer, das ist alles dasselbe. Die predigen immer und tun so, als ob sie es wunder wie gut mit einem meinen würden, und dabei bringen sie einen immer nur rein ins Unglück."

„Nein, mit dem Dr. Geyer ists anders. Das ist ein guter Mensch. Wenn dir einer helfen kann, dann ists der. Ich will gleich telephonieren, daß du kommst. Du mußt hingehen, versprich es mir."

„Wenn du es durchaus willst; aber Sinn hats ja doch keinen."

— — — — — — — — — —

Als Betty gegangen war, stand Hedi sinnend am Fenster und starrte hinaus ins Leere

12.

„Das ist das schlimme," sagte Dr. Geyer, nachdem Betty Wolf ihren Bericht beendet hatte, „die Selbstachtung und das Selbstvertrauen prügeln sie aus den Menschen hinaus. Das Minderwertigkeitsgefühl und die Verbitterung prügeln sie hinein. Ich kanns verstehen, Fräulein, daß Sie den Mut verloren haben. Und doch, versuchen Sie es noch einmal mit dem Leben. Das Fortkommen ist Ihnen freilich erschwert. Es gibt zur Zeit so viele Stellensuchende, da nehmen die Arbeitgeber lieber solche, die nicht den Makel der Fürsorgeerziehung an sich haben. Aber schließlich tun Sie sich doch nur in der ersten Zeit schwer. Wenn ein paar Jahre darüber vergangen sind, denkt niemand mehr daran."

„Es geht nicht," erwiderte Betty Wolf, „ich bin ja nur vorläufig entlassen worden. Komme ich wirklich irgendwo unter, so kommt jemand von der Polizei oder eine sogenannte Fürsorgerin und erkundigt sich nach mir, und dann erfährt der Arbeitgeber doch alles und dann schickt er mich wieder fort."

„Das geschieht doch schließlich auch nur in der ersten Zeit. Wenn Sie volljährig sind, hat die Fürsorgeerziehung ein Ende."

„Ja, aber die erste Zeit, über die komme ich nicht weg. Denken Sie doch nur an die anderen Mädchen. Immer soll ich dann zurückstehen. Immer muß ich mich schämen vor den anderen. Immer muß ich verheimlichen, daß ich in der Erziehungsanstalt war. Wenn sie's herauskriegen, wollen die anderen nichts mehr von mir wissen. Dann will keine mehr mit mir verkehren. Alle schauen mich spöttisch an und machen schlechte Bemerkungen über mich. Nein, ich ertrag das nicht. Lieber geh ich gleich ins Wasser."

Ein trauriger Zug lag in Dr. Geyers Gesicht.

„Ich finde nicht mehr den Mut, Ihnen zuzureden."

Es geht auch nicht anders," sagte Betty Wolf, „es gibt nur noch zwei Möglichkeiten für mich. Entweder ich geh ins Wasser oder ich geh auf den Strich. In Weinsburg kann ich das aber nicht. Die Stadt ist zu klein. Da haben sie mich gleich wieder. Ich muß fort nach Frankfurt oder nach Berlin. Aber ich hab das Fahrgeld nicht."

Dr. Geyer gab ihr Geld. „Kaufen Sie sich Kleider davon und dann in Gottes Namen. Ich sehe keinen Weg, Sie zurückzuhalten."

Dr. Geyer hatte ihre Hände ergriffen.

„Es ist ein dornenvoller Weg, den Sie gehen, mein Fräulein; aber eines soll Sie trösten. Sie habens nicht aus freien Stücken getan. Der Staat ists, der Sie dazu gezwungen hat, mit seinen falschen und verkehrten Maßnahmen."

Als Dr. Geyer an diesem Tage zum Mittagessen in sein Stammlokal kam, sagte sein Tischgenosse, der Kaufmann Herzberg, zu ihm:

„Was ist denn los mit Ihnen, Doktor, Sie sehen ja ganz verstört aus. Was ist denn Ihnen über die Leber gelaufen?"

„Ein Menschenleben," antwortete Dr. Geyer, „ein junges, zertretenes Menschenleben."

(Fortsetzung folgt)

SPD sabotiert
den Kampf gegen Arbeitsdienstpflicht

Mit eifrigster Unterstützung des Rektors der Technischen Hochschule unternimmt die Stuttgarter Studentenschaft einen neuen Feldzug für den „Freiwilligen Arbeitsdienst", der nach eigenen Erklärungen des Rektors als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht anzusehen ist. Anträge der Studentenschaft fordern, daß Förderung durch akademische Behörden und befreundete Organisationen „besonders" solchen Hochschulabsolventen zuteil werden soll, „die den Nachweis einer einjährigen Arbeitsdienstzeit erbringen können. Die Hochschule wird auf verschiedene Berufsverbände, sowie den Reichsverband der Deutschen Industrie und ähnliche Organisationen in gleichem Sinne wirken". Mit solchen Anträgen, die unter dem Vorwand der „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" gestellt werden, will man jetzt auch schon die Freiwilligkeit des aus guten Gründen bekämpften Arbeitsdienstes zu Grabe tragen.

Gegen diesen „freiwilligen" Arbeitsdienst wehren sich alle die Studenten, die sich nicht als Werkzeuge kapitalistischer Ausbeutermethoden mißbrauchen lassen wollen, darunter vor allem die Mitglieder der Roten Studentengruppe und anfänglich auch des Republikanischen Studentenbundes. Man plante eine Protestkundgebung unter Mitwirkung aller proletarischen Parteien, Gewerkschaften, Wehrorganisationen und Jugendverbände. Die SAP begrüßte eine solche Einheitsfront des Proletariats mit besonderer Genugtuung. Ebenso sagte auch die KPD ihre Mitwirkung zu. Die im Republikanischen Studentenbund organisierten SPD-Studenten mußten nun noch die Mitwirkung der SPD und des Reichsbanners erwirken. Aber die Einladung zu dieser Aktion wurde mit Hohnlachen zurückgewiesen. Das Reichsbanner stellte sich obendrein auf den Standpunkt, man dürfe die Mittel der Volksbeeinflussung, die in der Arbeitsdienstpflicht lägen, nicht so leichtfertig aus der Hand geben. So sieht der Kampf der heutigen SPD gegen den Kapitalismus und den Faschismus aus!

Arbeitsdienst marschiert

Berlin, 23. November.

Am Sonnabend und Sonntag tagte in Berlin das Hochkapitel des Jungdeutschen Ordens. In einer Entschließung fordert es unter Hinweis auf den schon erfolgten Einsatz von 25 jungdeutschen Kolonnen des freiwilligen Arbeitsdienstes, daß die Gesetzesbestimmungen über den freiwilligen Arbeitsdienst in vollem Maße auch den Jugendlichen und den Wohlfahrtserwerbslosen zugute (!) kommen müßten. Ferner sei ein viel stärkerer Einsatz des freiwilligen Arbeitsdienstes für die ländliche Siedlung erforderlich.

Aeltestenrat des Reichstags am Donnerstag

Berlin, 22. November.

Der Aeltestenausschuß des Reichstages ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, den 26. November, 17 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuregelung der Ausschußsitze, ferner eine Anregung zur Aenderung des Diätengesetzes. Wie verlautet, handelt es sich bei dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung nicht um bestimmte Anträge, sondern um Anregungen, teils von Abgeordneten, teils von privater Seite, mit Rücksicht auf den seltenen Zusammentritt des Reichstages die Tagegelder allgemein herabzusetzen.

*

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei tritt am Freitag, dem 27. November, in München zusammen.

Ein nationaler „Sozialist"
Boncours-Austrittserklärung

Paris, 21. November.

Paul Boncour hat in einem Schreiben an den Generalsekretär der Sozialistischen Partei seine Trennung von der Partei bestätigt. Er erklärt, daß die Mehrheit der Partei in den Fragen, die in den kommenden Monaten in den Vordergrund des politischen Interesses treten würden, eine andere Stellung einnehme, als er sie als Delegierter Frankreichs in Genf vertreten habe. Er könne von seiner Stellungnahme nicht abweichen, ohne sich selbst

und, was schlimmer wäre, dem Land untreu zu werden,

in dessen Namen er sich eingesetzt habe. Deshalb habe er es für ein Gebot der Ehrlichkeit gehalten, seinen Wählern und der Partei das ihm übertragene Mandat zurückzugeben und ein anderes, vom Gedanken der großen republikanischen Einigung getragenes Mandat anzunehmen, das ihm gestatte, in Fragen, die ihm besonders am Herzen liegen, die Freiheit seines Handelns und seiner Stimmabgabe zurückzuerlangen. (Wäre er Mitglied der deutschen Sozialdemokratie gewesen, so hätte sich Herr Boncour bei seiner Haltung nicht im Widerspruch zur Partei befunden! Red.)

Zu spät eingetroffen! Der Andreas-Hofer-Bund in Tirol hat an Senator Borah in Washington folgendes Telegramm gerichtet: „Wir bitten Sie, bei einer Begegnung mit Minister Grandi der ungerechtesten Grenze Europas in Tirol und seiner unterdrückten Bevölkerung zu gedenken."

Teile und herrsche!
Die Wahrheit über die „Rundtisch-Konferenz"

Von Hariwansh Lal

Der folgende Artikel ist uns von einem Hindu-Inder zugegangen, der früher aktives Mitglied der Swaraj-Bewegung (Nationale Befreiung) gewesen ist und gegenwärtig, nach längerem Aufenthalt in England, in Deutschland lebt. Seine Darlegungen decken sich genau mit den Angaben, die M. Mahmudullah, der Sekretär der größten mohammedanischen indischen Partei der United Provinces, Muslim Nationalist Party, in der letzten Nummer des New Leader macht. Das britische Spiel, das England noch einmal teuer zu stehen kommen wird, ist damit enthüllt. Wieder hat MacDonald unter dem Druck des Tories einen Schritt getan, den er kaum vor seinem Gewissen und ebensowenig vor seiner politischen Ueberzeugung verantworten kann. D. Red. d. SAZ

Viel ist über die Rundtisch-Konferenz gesprochen und geschrieben worden, aber die Wahrheit über ihr Zustandekommen und ihre Zusammensetzung wird nirgends klar erkannt. Das Publikum in Europa hest wohl überall, daß die Vertreter der Hindus und der Mohammedaner sich nicht einigen können, aber wer diese Vertreter sind und wen sie vertreten, wird nicht gesagt.

Die englische Regierung hat mit der Einberufung der Rundtisch-Konferenz ihre besonderen Absichten gehabt. Als sie sah, daß in Indien eine einmütige Opposition gegen die Vorschläge der Simon-Kommission erwachsen war, gab es für England keine andere Möglichkeit, als die jetzt in London tagende Konferenz einzuberufen und in ihr möglichst viele verschiedene Meinungen vertreten sein zu lassen. Damit wollte es der Welt ein Bild von der angeblich in Indien herrschenden Uneinigkeit geben.

Die Mitglieder der Round-Table-Konferenz sind nicht etwa von dem indischen Volk oder von einer das Volk vertretenden Körperschaft gewählt, sondern sind von der englischen Regierung nach Gutdünken ernannt worden. Bei einer Bevölkerung von 350 Millionen war es begreiflicherweise für England nicht schwer, einige Leute herauszufinden, die untereinander nie zu einer Einigung kommen können und deren gemeinsames Merkmal nur darin besteht, daß sie aus eigennützigen Gründen es nicht mit der englischen Regierung verderben wollen. Natürlich gehört Gandhi nicht zu ihnen.

Daß er überhaupt in London ist, hat seine besondere Vorgeschichte. Zunächst weigerte sich der Indische Nationalkongreß, an dieser von England inszenierten Komödie teilzunehmen. Später jedoch gelang es den Engländern, mit falschen Versprechungen Gandhi, der trotz aller Erfahrungen noch immer glaubt, daß Versprechungen, auch wenn sie von Engländern stammen, eingehalten werden müssen, zur Teilnahme zu bewegen. Damit hatten sie viel gewonnen, denn nun mußte die Welt glauben, daß sie aufrichtig bestrebt sind, das indische Problem zu lösen. In Wirklichkeit spielen sie ein ganz anderes Spiel.

Ihr Ziel ist es, durch die Rundtisch-Konferenz darzutun, daß die Inder noch nicht reif für die Freiheit sind und daß es keine andere Möglichkeit gibt, als zu dem Vorschlag der Simon-Kommission, nämlich Provinzialautonomie unter zentralistischer englischer Herrschaft zurückzukehren. — Wer den Bericht der Simon-Kommission kennt, weiß, daß auch darin als Grund für die Unmöglichkeit einer Selbstregierung Indiens durch die Indier die angebliche Unfähigkeit Indiens, mit seinen inneren Schwierigkeiten fertig zu werden, angegeben wird. Diese Behauptung mußte der Welt bewiesen werden und dazu dient das Schauspiel in London, das ganz so verläuft, wie es die Engländer beabsichtigen.

Mangel an Raum gestattet nicht, durch Charakterisierung jedes einzelnen Konferenzmitgliedes zu beweisen, daß — mit Ausnahme von Gandhi, der mit einigen Anhängern die überwiegende und unter sich einige Mehrheit des indischen Volkes vertritt — sämtliche Konferenzteilnehmer überhaupt keine oder eine verschwindend geringe Anhängerschaft in Indien haben. So gibt es z. B. in London einen Anhänger der mohammedanischen religiösen Organisation, die sich All India Muslim league nennt und im ganzen etwa 5000 Mitglieder hat (von 65 Millionen Mohammedanern in Indien) — während die größte in Indien verbreitete Organisation der Mohammedaner: die Nationalist Muslim Party in London (vgl. Worwort. Red.). Der Grund dafür ist, vgl. Vorwort. Red.). Der Grund dafür ist, daß diese große mohammedanische Organisation zwar die Interessen der Mohammedaner vertritt, aber innerhalb der indischen Freiheitsbewegung und in den großen Zielen mit den Hindus einig ist. Oder ein anderes Beispiel: Einige Konferenzmitglieder sind Hindu Mabasabhaites (Anhänger der Hindu Mabasabha, einer religiösen Organisation der Hindus). Während aber die große Mehrheit der Anhänger dieser Organisation auch Anhänger des Nationalkongresses sind, haben die Engländer nur solche „Vertreter" ausgesucht, die aus Opportunismus in London den Wünschen der Engländer entsprechend gegen die Mohammedaner opponieren, ohne damit die Ansicht und den Willen der von ihr „vertretenen" Organisation zum Ausdruck zu bringen. Die öffentliche Meinung in Indien hält außer den Vertretern des Nationalkongresses — das sind Gandhi und seine Mitarbeiter — keines der Konferenzmitglieder für berufen und geeignet, an dem Schicksal Indiens mitzuwirken.

Bereits die wenigen Beispiele zeigen, daß es völlig abwegig ist, aus der Uneinigkeit der Konferenzteilnehmer irgendwelche Schlüsse auf die Uneinigkeit in Indien selbst zu ziehen. Die Inder sind ein friedfertiges Volk. Sie betrachten sich gegenseitig als Brüder, ihre ganze Natur ist friedfertiger als die der Europäer. Die Anhänger der verschiedenen Religionen haben friedlich nebeneinander gelebt, so lange keine dritte Macht ein Interesse an ihrer Uneinigkeit hatte, solange es in Indien keine englische Herrschaft gab, die ihren Grundsatz: Divide et impera! (Teile und herrsche!) zu verwirklichen sucht. Und während der Non-Cooperationsbewegung (Passive Resistenz) hat sich die Einigkeit wieder gezeigt. Mohammedaner und Hindu haben gemeinsam gelitten und sind gemeinsam zu Tausenden in die Gefängnisse gewandert.

Man muß einmal erlebt haben, wie bei großen religiösen Festen der Hindus, die Mohammedaner den andersglaubigen Prozessionsteilnehmern auf der Straße in Mengen kalte Getränke spenden und wie die Hindus dasselbe bei mohammedanischen Festen tun. (In Indien gilt es als höchstes Gebot der Menschlichkeit in der heißen Jahreszeit allen Vorübergehenden erfrischende Getränke anzubieten, selbstverständlich ohne Bezahlung.) Dann erkennt man, daß diese brüderlich empfindenden Menschen die inneren Schwierigkeiten — die tatsächlich, wenn auch in weit geringerem Maße als von den Engländern behauptet — in Indien vorhanden sind, schnell überwinden werden, wenn Indien einmal frei ist und sich kein Dritter mehr in seine Angelegenheiten mischt. Zu behaupten, daß die Indier nicht reif zur Selbstregierung sind, weil sie sich nicht einigen können, heißt die Dinge auf den Kopf stellen.

Wollte man übrigens diesen völlig verfehlten Standpunkt auf Europa anwenden, so wäre kaum ein Land in Europa reif zur Selbstregierung, denn nach dem, was ich in Europa gesehen habe, sind die Zwistigkeiten innerhalb eines jeden europäischen Landes viel größer als bei uns.

Aber die Inder wissen, daß man die Freiheit nicht geschenkt erhält, sondern sie sich selbst erobern muß. Keine Rundtisch-Konferenzen werden uns der Freiheit näherbringen. Doch Gandhi wird, sobald er nach Indien zurückkehrt, eine neue Non-Violence-Bewegung (gewaltloser Widerstand) entfachen und nach seinen eigenen Worten wird es **„der schwerste waffenlose Kampf werden, den die Welt je gesehen hat, und diesmal wird er bis zum Ende durchgefochten werden."**

Die Diskussion um die Einheitsfront
Eine Antwort des Genossen Rosenfeld an die „NMZ"

Die kommunistische „Neue Montags-Zeitung" hatte u. a. an Kurt Rosenfeld die Frage gerichtet, was er über die antifaschistische Einheitsfront denke. Da die „Neue Montags-Zeitung" in unloyaler Weise die Antwort Kurt Rosenfelds nicht vollständig brachte, geben wir sie hierdurch in ihrem vollen Wortlaut bekannt:

„Die Schaffung der sozialistisch-proletarischen Einheitsfront zur Abwehr des Faschismus halte ich für das dringendste Gebot der Stunde. Die Ereignisse in Braunschweig und an anderen Orten haben gezeigt, daß im Augenblick der ernstesten, akutesten Gefahr — allen Widerständen zum Trotz — die Mauern einstürzen, die jahrelang systematisch zwischen SPD und KPD aufgerichtet worden sind. Die Arbeiterschaft darf aber nicht warten, bis die Einheitsfront durch Arbeiterblut zusammengekittet wird. Die Front muß schon vor der Machtergreifung durch den Faschismus für den Abwehrkampf bereit stehen; denn sie bietet die einzige Gewähr für einen erfolgreichen Kampf gegen die Einheitsfront von Kapital, legalen und illegalen Wehrorganisationen und bürgerlichem Staatsapparat.

So wenig in allen Teilen der Arbeiterschaft Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit der Einheitsfront bestehen, so stark sind die Differenzen über den Weg zu diesem Ziel. Und das Einigende des Ziels verschwindet völlig hinter der Uneinigkeit über den Weg, die ihrerseits die Kluft zwischen den beiden Parteien dauernd noch verschäuft: da jede der beiden großen Arbeiterparteien die Auffassung vertritt, die Einheit sei nur in ihrem Rahmen möglich, ergibt sich notwendig steter Bruderkampf der einen Partei gegen die andere, mit dem Ziel ihrer Vernichtung.

„Demgegenüber vertritt die Sozialistische Arbeiterpartei die Auffassung, daß der Weg zur Einigung des Proletariats niemals über die Vernichtung einer der beiden Parteien gehen kann. Bevor eine der Parteien die andere zerschlagen hat, würde der Faschismus über beide triumphiert haben. Daher ist die Einigung des Proletariats nur möglich durch Beseitigung von jeglichem Parteiegoismus. Das gemeinsame Klasseninteresse, das über jedem Parteiinteresse stehen muß, ist die einzige Basis, auf der die Einigung sich vollziehen kann.

„Aus dieser Einsicht ergibt sich die praktische Konsequenz, daß heute in jeder Situation zu prüfen ist, durch welche gemeinsame Maßnahmen der gemeinsame Klassenfeind bekämpft werden kann. In erster Linie sind alle antifaschistischen Organisationen (Sozialistischer Schutzbund, RFB, Reichsbanner, Antifa) kartellmäßig zusammenzufassen und zu gemeinsamen Aktionen einzusetzen. Beseitigung der einzelnen Organisationen ist im Augenblick weder möglich noch wünschenswert.

„Die SAP sieht in der jetzigen Situation ihre Aufgabe darin, diesen Gedanken der Einigung unter den Massen zu propagieren, die Brücke zu schlagen zwischen den beiden Arbeiterparteien und die Vorbereitung für einheitliche Aktionen des klassenbewußten Proletariats in die Hand zu nehmen.

„Nicht durch Vernichtung der Arbeiterparteien zur Einheitsfront, sondern durch die Einheitsfront zu Beseitigung der einander bekämpfenden Bruderparteien!"

Kurt Rosenfeld.

Unter polizeilicher Bedeckung. Grandi ist am Montag zu einem viertägigen Aufenthalt in New York eingetroffen, nach dessen Beendigung der Besuch des italienischen Außenministers in Amerika abgeschlossen sein wird. **Eine besondere Polizeiwache ist ihm für seine New Yorker Tage zugeteilt worden.**

Ein Sappeur der Reaktion

Mit Friedrich Wilhelm von Loebell, der am Sonnabend gestorben ist, verschwindet einer der pfiffigsten Politiker der wilhelminischen Aera von der Bildfläche. Loebell hatte in Bülows Küche die Politik der Intrige gelernt; er war der Unterstaatssekretär dieses Reichskanzlers und später, von 1914 bis zum Ende des Jahres 1917, wo er abging, weil seinem reaktionären Herzen die Verheißung eines freiheitlicheren Wahlrechts widerstrebte, preußischer Innenminister. Dabei wußte er sich mit der Biedermannsmiene des Liberalen zu geben. Harden hat einmal erzählt, wie ihn, bald nach Kriegsbeginn, als die ersten Zensurschwierigkeiten für seine „Zukunft" auftraten, der preußische Innenminister von Loebell zu sich rief und die doch eigentlich zur Besprechung eines ganz anderen Themas angesetzte Audienz mit den sich übersprudelnden Worten eröffnete:

„Na, Sie wissen ja, was gespielt wird. Unsereiner erfährt ja nichts, und der Lange (Bethmann-Hollweg) lügt uns ja die Hucke voll. Wie ist das denn eigentlich? — Nicht wahr, wir sind doch nicht „überfallen" worden? Wir haben doch sicher den Krieg angefangen . . ."

So machte sich dieser liebenswürdig-reaktionäre Zyniker über die Kriegsunschuldsbeteuerungen der Regierung lustig, der er selbst angehörte.

Nach Kriegsende gründete von Loebell den Reichsbürgerrat, der erheblichen Anteil an der Entstehung des Kapp-Putsches hatte, und betrieb danach die Wahl des Feldmarschalls von Hindenburg zum Reichspräsidenten.

Noch einmal trat Loebell an die Oeffentlichkeit, als er ein Jahr später den Reichspräsidenten zu jenem Brief inspirierte, der bestimmt war, die Volksabstimmung gegen die Fürstenabfindung entscheidend zu treffen.

Hessenwahl angefochten

Frankfurt a. M., 23. November.

Der Landesverband Hessen der Wirtschaftspartei hat beschlossen, die hessischen Wahlen vom 15. November anzufechten. Die Nichtzulassung der Wirtschaftspartei bei den hessischen Wahlen verstoße gegen die Verfassung.

Sportschau der SAZ

Sport im Reiche

Fußball-Meisterschaftsspiel in Leipzig

West 03—Großzschocher 4 : 1 (1 : 1)

Das zweite Spiel um die Bezirksmeisterschaft im Fußball fand vor reichlich 2500 Zuschauern auf dem Südwestplatz statt. Der hartgefrorene Boden ließ kein einwandfreies technisches Spiel zu, trotzdem gaben sich beide Mannschaften restlos Mühe, um ein Hasches Kombinationsspiel zu zeigen. Dies gelang nicht immer, da die Spieler beim Laufen ausrutschten.

In der ersten Halbzeit ist das Spiel ausgeglichen. Großzschocher geht durch einen Elfmeter wegen Hand in Führung, doch kann West gleich darauf auch durch einen Elfmeter ausgleichen, so daß es mit 1 : 1 in die Pause geht. Nach dem Wechsel ist West die bessere Partei, da Großzschocher merklich nachgelassen hat. Beim Stande von 2 : 1 für West stellt Großzschocher um, wodurch es aber nicht besser wird. West ist stark überlegen und schießt bis Schluß zwei weitere Tore. Der Schiedsrichter war dem fairen Spiel stets ein aufmerksamer Leiter. Großzschocher kommt durch diese Niederlage für die Meisterschaft nicht mehr in Frage. Die **Entscheidung** fällt Sonntag, den 29. November, 14.3. Uhr, zwischen Südwest und West 03 auf dem Südostplatz.

★

Norddeutschland—Nordwestdeutschland 7 : 3 (3 : 2)

Das erste Spiel dieser beiden Auswahlmannschaften bot die Erwartungen befriedigt. Das Spiel war in seinen technischen Leistungen nicht schlechter, als die Leistungen in den bisher von den norddeutschen Auswahlmannschaften des Deutschen Fußballbundes gezeigten Kämpfen. Nordwestdeutschland war besser als in dem Niederlagenergebnis zum Ausdruck kommt.

★

Rasensport im Mainz-Wiesbadener Gebiet

Fußball

Die **Kreisklasse** sah drei Spiele vonstatten gehen. Der Tabellenführer Frankfurt-Bockenheim und die Vereine Wiesbaden und Nauheim pausierten. Die Spiele haben daher keine wesentlichen Aenderungen in der Tabelle gebracht. **Mainz-Mombach** verlor auf eigenem Platz gegen **Neu-Isenburg** hoch mit 1 : 5 Toren. Rüsselsheim weilte in **Frankfurt** bei **Abt. Nord.** Dort trennte man sich mit einem gerechten Unentschieden von **0 : 0.** Scharfer ging es in **Fraunheim** zu. Hier enttäuschte Vilbel, das mit einer **3 : 0**-Niederlage zwei kostbare Punkte verlor.

Von der **1. Bezirksklasse** liegt nur ein Ergebnis vor. Es ist der **2 : 0**-Sieg des Tabellenersten **Mainz-Bretzenheim** gegen **Mainz-Ginsheim.**

Der Meisterschaftsanwärter der **2. Bezirksklasse „Hessen"-Oppenheim** siegte in überzeugender Form gegen den **VfL.-Heidesheim** mit **6 : 1** Toren. Der ATSV-**Gonsenheim** kämpfte mit seinem Rivalen **Wiesbaden-Erbenheim** hartnäckig um den 2. Tabellenplatz. Nach wechselvollem Spiel siegten die Gonsenheimer schließlich doch mit **4 : 1** Toren.

Handball

In der **Bezirksklasse** stieß der Tabellenerste **Fr. Tgd. Mainz** auf den Lokalgegner **Mainz-Kastel.** Nach scharfem Spiel befestigte Mainz mit einem **8 : 4**-Resultat seine Favoritenstellung. **Wiesbaden** Abt. 1 lieferte in **Bauschheim** gegen die dortige Jh ein großes Spiel, das von Wiesbaden **6 : 4** gewonnen wurde.

Arbeiter-Kulturvereinigung

Freie Stenografen-Vereinigung. Breslau: In unseren Uebungsabenden ist folgende Aenderung eingetreten: Diktatgeschwindigkeit 100—120 (bisher Freitags) jetzt Mittwoch und 120—150 (bisher Mittwoch) jetzt Freitag.

Coschütz Handballbezirksmeister von Dresden

Dresden-Coschütz schlägt Neustadt-Sportler 7 : 4 (3 : 2)

Das Hauptinteresse richtete sich auf dieses Spiel und die zahlreichen Sportanhänger wurden nicht enttäuscht. Vom Beginn bis Schlußpfiff gab es einen Kampf der technisch auf hoher Stufe stand, manchmal aber leider etwas hart wurde. Eine leichte Ueberlegenheit des Siegers hielt bis zum Schluß an. Gute Leistungen zeigte dabei seine Unterreihe, die durch Ausnutzen aller Torgelegenheiten auch den sicheren Erfolg heraus schaffte. Beide Hüter boten Vorzügliches, wobei beim Coschützer die größere Erfahrung gut zu erkennen war. Neustadt, mit 2 Mann Ersatz, kam nicht so recht in Schwung. Die Hintermannschaft konnte die Niederlage nicht aufhalten, sondern mußte die unfaire Abwehr auf Herausstellungen und zwei 7-Meter Bällen, die sicher ins Ziel fanden. Der Schlußpfiff sah Coschütz als Sieger, das auf Grund besserer Leistungen verdient Meister wurde und in den Kreismeisterschaftsspielen ein ernster Bewerber sein wird.

Die Meisterschaft der 2. Klasse entschied sich zwischen Neustadt Sportler II und Rahnitz I. Mit 5 : 5 (3 : 3) siegte bei diesem Spiel die Reserve der Neustadter durch bessere Gesamtleistungen. Rahnitz mit einem neuen Torwart enttäuschte allgemein.

Weiter spielten: Reichenberg I—Ottendorf I 2 : 8, Friedrichstadt I—Pieschen I 5 : 4 (2 : 3), Kamenz I—Hoyerswerda I 3 : 6 (2 : 5), Ohe Lausitz—Penig 4 : 4 (0 : 2), Demitz-Thumitz I—Hoyerswerda I 6 : 4 (3 : 0), Hartha—Leutetzdorf II 3 : 5 (2 : 0), Niederhasslich—Dresden-Löbtau S 3, DBV.—Zschachwitz 6 : 4 (2 : 3), Birkigt—Heidenau 5 : 8 (1 : 3), Rauhenau—Freiberg 6 : 4 (2 : 3), Kleinnaundorf—Dohlen 1 : 6 (3 : 5), Burgk—Fortschritt-Dresden 6 : 0 (3 : 0), Heidenau—Niederhasslich 5 : 2 (0 : 1), Lockwitz—Großedlitz 10 : 2 (5 : 0), Dohna—Dresden-Südost 3 : 3 (1 : 2), Pausdorf—Hermsdorf 2 : 2, Gohlis—Nauchritz 5 : 3, Riesa Schwimmer—Strehla I 7 : 0, Riesa—Großenhain 4 : 1, Meißen—Dresden Friedr. 3 : 6, Wohlau I—Torgau I 3 : 1.

Raffball:

Pieschen I—Pieschen II 6 : 2, Neustadt II—Löbtau II 5 : 6, Fortschritt—Neustadt Turn. 5 : 5, Cotta—Reick 1 : 6, Cossebaude—Moritzburg 11 : 1, Altstadt—Pirna 2 : 12, Striesen-Coschütz 3 : 4, Pieschen—Caditz 7 : 6, Kamenz—Puisnitz I 8 : 3, Großröhrsdorf—Klotzsche 8 : 5.

Handball im 6. Bezirk

Spiele vom Bußtag.

Wilkau I—Lucka (Thüringen) I 11:3. Die Gäste aus Thüringen stellten eine kräftige, körperliche Elf, die mit einem Anfangssprint überraschte. Im Handumdrehen führte sie mit drei Toren. Dann aber hatte Lucka mehr und mehr ab, und Wilkau verstand das auszunutzen.

Werdau I—Stöcken I 3:3. Gegen den erstklassigen Gastgeber erzielte Stöcken ein achtbares Ergebnis. Das schöne Marten nahmen dem Kampf den Charakter eines Werbespiels und müssen in Zukunft unterbleiben.

Haßlau I—Cainsdorf I 14:3. Eine aussichtslose Sache für die Cainsdorfer Mannschaft, die mit 4 Ersatzleuten spielen mußte und durch Platzverweis noch einen Mann einbüßte.

Am Sonntag spielten

Wilkau I—Planitz I 6:5 (1:5). Das Spiel lockte nahezu 500 Zuschauer auf den Sportplatz. Planitz wartete bis zur Halbzeit mit überragenden Angriffskräften auf, mußte sich dabei einer ausgezeichneten Kombination. Nach dem Wechsel hob sich auch Wilkau zusammenzufinden und konnte unter großem Jubel der Zuschauer sogar den Siegestreffer anbringen.

Stöcken I—Friedrichsgrün I 13:3. Im Feldspiel waren sich beide Mannschaften ziemlich gleichwertig, nur in der Ausnutzung der sich bietenden Gelegenheiten war Friedrichsgrün dem Gegner noch nicht gewachsen.

Turner Crimmitschau I—Zwickau I 5:6. Gegen Ende wurde das Spiel etwas hart und Zwickau mußte einen Spieler wegen Feldverweis ein.

Marienthal I—Reinsdorf I 1:3.

Wilkau II—Cainsdorf I 3:2. Der erst frischgebackene Meister der zweiten Klasse erlitt in diesem Spiel eine unglückliche Niederlage. Durch Einbuße eines Verteidigers erlitt die Mannschaft eine Schwächung, die sie den Sieg kostete.

Lichtentanne I—Planitz II 4:4.
Schedewitz I—Haßlau II 16:1.
Marienthal I—Reichenbach II 1:8.

Wilkau II—Lucka II 6:2, Crimmitschau II—Zwickau II 2:4, Crimmitschau III—Zwickau III 1:3.

Jugend: Stöcken—Wilkau IV 7, Lichtentanne—Werdau 4:7.

Knaben: Lichtentanne—Werdau 0:2.

Spielerinnen: Hainichen—Planitz 0:4.

Achtung Schiedsrichter! Am 5. Dezember ist im „Lichtschein", Zwickau, Jahreshauptversammlung. Beginn 19 Uhr.

Leipzigs Raffballmeister ermittelt

Lindenau schlägt Skeuditz 13 : 9 (6 : 5).

Wie vorausgesehen wurde, konnten die Lindenauer den Titel an sich bringen. Das Spiel litt etwas unter der ungünstigen Witterung, brachte dessenungeachtet aber einen spannenden Verlauf. Skeuditz, das erst rannte, wurde besonders nach der Pause sehr stark zurückgedrängt. Die weiteren Erfolge der Lindenauer waren nicht zu verhindern, allerdings war auch der gegnerische Torwart nicht ganz schuldlos. Mit großer Mühe gelang es den Unterlegenen, das Ergebnis bis zum Schluß noch etwas zu verbessern.

Die Handballmeisterschaft in der Jugend errang Leipzig-Schönefeld. Vorwärts-Süd wurde 10 : 6 geschlagen. Das Spiel ergab viel Gedränge, Fehlwürfen und spannende Kampfbilder, so daß die über 600 Zuschauer auf ihre Kosten gekommen sind.

Handballmeisterschaftsspiel in Ratingen

Fr. T. I Ratingen—Schwarz-Gelb I Düsseldorf 3:11 (2:5).

Das Resultat besagt ja eigentlich alles. Ratingen kam vom Anfang bis Ende überhaupt nicht zum Stürmen. Sein Sturm war noch nie so unproduktiv gespielt. Ein Bedrängen der Außenstürmer schien überhaupt nicht zu existieren. Den rechten Halbstürmer hat schnellere Abgabe des Balles, während der linke Halbstürmer mit den Beinen schneller operieren mußte. Das Resultat entspricht ganz den Leistungen von Schwarz-Gelb. Die Düsseldorfer waren glänzend in Form, während bei Ratingen nur zu entschuldigen ist, daß sie mit Ersatz antraten. Der Schiedsrichter ließ auch zu wünschen übrig.

Fr. T. II Ratingen—Schwarz-Gelb II Düsseldorf 6:4 (4:2).

Wie schon in der Vorschau berichtet, konnte Ratingen sicher gewinnen. Die Ratinger boten ein sauberes Feldspiel, das ihnen auch den Erfolg sicherte.

Thüringer Arbeitersport

Handball

Arnstadt I—Freie Turner-Erfurt I 5 : 3 (2 : 1).
Arnstadt II—Freie Turner-Erfurt II 2 : 4 (1 : 2).

Arnstadt weilte am Totensonntag in Erfurt, um zwei Gesellschaftsspiele auszutragen. Die Ersten Mannschaften bieteten sich ein für die Arbeiter-Sport-Bewegung werbendes Spiel. Zuerst hatte Erfurt mehr vom Spiel, bis nach und nach Arnstadt sich mehr zusammenfand, um gut eingeleitete Durchbrüche zu Erfolgen zu bringen. Als der Schlußpfiff ertönte, war Arnstadt verdienter Sieger. Die Zweiten Mannschaften spielten nach den Ersten, aber beider wollte vor Schluß das Spiel wegen der Dunkelheit abgepfiffen werden.

Fußball 1. Kreis

Weitere Ergebnisse vom Sonntag:

Eintracht Reinickendorf hatte Mühe, um in einem Freundschaftsspiel Normannia 7:1 zu schlagen. — Vorwärts-Wedding hatte in einem Werbekampf Volkssport Neukölln zu Gaste und siegte mit 5:1 Punkten. — Lichtenberg II—Baumschulenweg II 7:1. — Eiche II—Baumschulenweg I 0:1. — Hansa II Normannia III 1:0. — Eintracht II—Normannia II 4:2.

Sport-Verein Moabit Tennis-Sparte. Ab 1. Dezember d. J. soll das **Hallentraining** beginnen und zwar soll jeden Dienstag und Mittwochabend gespielt werden. Es können auch noch Vormittags- und Nachmittagsstunden belegt werden. Trainer und Ball werden gestellt, es wird auch Schläger. Wegen Auskunft, Anmeldung und Stundenbelegung wende man sich an L. Frey, NW 78, Hansastr. 70, v. IV.

„Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten . . ."

Freie Sportvereinigung Fichte feiert ihren Jahrestag

In der großen Arbeiter-Turnergemeinde Berlins ist ein Verein, der eine besondere Stellung einnimmt: Die Freie Sportvereinigung Fichte. Ihre Gründer waren Genossen, die dem Kurs und den Methoden des ASV Fichte nicht kritiklos gegenüberstanden, und die dafür den ASV verlassen mußten. Diese Sportgenossen sind nicht untätig gewesen. Sie haben geworben und gearbeitet und ihrem neu gegründeten Verein einen Schwung verliehen, der innerhalb eines Jahres den Verein fast um das Fünffache vergrößerte.

Schwungvoll, vorwärtsstrebend wie die Sportvereinigung war auch die Sportrevue, die sie am Sonntag aufführte. Keine Pause, immer vorwärts, vorwärts! Kollektivreferat: Arbeiterstimmen rufen's, Lichtbilder zeigen's — die Entwicklung der Arbeiterschaft, des Arbeitersports, die Geschichte der Unterdrückung — Befreiung durch Sport, durch Arbeitersport. Dauernde Steigerung bis zum Höhepunkt: **Wir haben nichts zu verlieren als unsere Ketten, aber eine Welt zu gewinnen!** — und dann die Internationale, in die alle begeistert einstimmen!

Ein Stiftung fest? Nein, ein Erlebnis war's! Es gibt noch eine andere Front als die von Harzburg, eine Front, die geschmiedet wird von der Klassensolidarität! Und sie wird sich fester schmieden, diese Front der Arbeiter! Und die Sportler werden die Bannerträger sein.

Eine Bußfahrt des SV. Moabit

war's nicht, wohl aber eine recht lustige Sache, die Vereins-Herbststernfahrt. Morgens zogen die Abteilungen von ihren Stellplätzen los und machten sich auf den Weg, die einen per Fuß, die andern per Rad und einige mit der Bahn. Wie alle die Zeit umgebracht haben, das weiß der Berichterstatter nicht, daß es aber bei allen Gruppen recht fröhlich zugegangen sein muß, das sah er an den heiteren Gesichtern, als die 80 Sportlerinnen und Sportler gegen Mittag am Ziel Nieder-Neuendorf im Spandauer Forst eintrafen. Man sammelte sich dann zum etwas salzig geratenen feudalen Diner: 1. Gang Kartoffeln, 2. Gang Brühe, 3. Gang Hering. Nachspeise war sportliche Betätigung: Hockey, Turnen, Wasserfahren, Handballspielen und vieles mehr. Der „lange Rudi" hatte die „Damen" unter seine Obhut genommen, während die „alten Herren mit Steinchen spielten". Nachdem auch die Mitgliederliste durch einige Neuaufnahmen auf ihre Kosten gekommen war, zog man durch den dunklen Wald zur Bahn. Schade, daß er schon vorbei ist, dachten alle, der Tag war doch so schön!

★

Wasserball-Serienspiel Charlottenburg gegen Möwe 10 : 1 (5 : 0)

Unerwartet hoch verlor am gestrigen Sonnabend in dem Serienspiel die Möwenmannschaft. Wenn auch das technische Können der Charlottenburger fraglos besser ist, so trug das matte Spiel von Möwe, das von Anfang an auf Abwehr eingestellt war, wesentlich zur Niederlage bei. Charlottenburg spielte wie üblich tadellos zusammen und war in jeder Phase des Kampfes klar überlegen.

Stolzenbergs „Giftgas-Kochbuch für jedermann" ist jetzt auch in Preußen beschlagnahmt worden. Stolzenberg hat Beschwerde gegen die Beschlagnahme erhoben.

Bekanntmachung.

Laut Beschluß des Kassenausschusses vom 17. Juni 1931 ist § 20 Absatz 2 der Satzung mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab wie folgt geändert worden:

„Der Grundlohn für Lehrlinge ohne Entgelt beträgt **0,60 Rm.** Für weibliche und männliche Hausgehilfen, Lehrer, Erzieherinnen und Hausdamen, die in die häusliche Gemeinschaft des Arbeitgebers aufgenommen sind, wird der Grundlohn nach Lohnstufen festgesetzt, und zwar:

in Stufe							Grundlohn:
1	bis zu einem	Tagesentgelt	von		1,66 Rm.	=	1,50 Rm.
2	„ „	„	„	von über	1,66—2,00 „	=	1,85 „
3	„ „	„	„	„ „	2,00—2,33 „	=	2,15 „
4	„ „	„	„	„ „	2,33—2,60 „	=	2,45 „
5	„ „	„	„	„ „	2,60—3,00 „	=	2,80 „
6	„ „	„	„	„ „	3,00—3,50 „	=	3,25 „
7	„ „	„	„	„ „	3,50—4,00 „	=	3,75 „
8	„ „	„	„	„ „	4,00 „	=	4,25 „

Laut Beschluß der Beschlußkammer des Oberversicherungsamts vom 16. 10. 1931 gelten mit Wirkung vom 1. Juli 1931 ab folgende Beitragssätze:

1. für Mitglieder, die während der Erkrankung kein Entgelt beziehen, 7,2 v. H. des Grundlohnes.
   Lehrlinge ohne Entgelt zahlen 5,1 v. H. des in § 20 der Satzung festgesetzten Grundlohnes,
2. für Versicherte, die während der Fortzahlung von Arbeitsentgelt kein Krankengeld erhalten, 5,1 v. H. des Grundlohnes,
3. für Versicherte, die während der Erkrankung nur einen Teil des Entgelts (z. B. Barlohn der sogenannten Tagmädchen) erhalten und daher einen Anspruch auf einen Teil des Krankengeldes haben, 6,15 v. H. des Grundlohnes.

Als Grundlohn gilt der wirkliche Arbeitsverdienst des Versicherten mit Ausnahme der im § 20 Abs. 2 bezeichneten Gruppen.

Durch vorläufige Verfügung des Versicherungsamts der Stadt Breslau vom 20. November 1931 sind die Beitragssätze mit Wirkung ab Montag, den 23. November 1931, wie folgt geändert worden:

I. Die Kassenbeiträge werden auf 8,1 v. H. des Grundlohns festgesetzt. Lehrlinge ohne Entgelt zahlen 6 v. H. des im § 20 festgesetzten Grundlohnes.

II. Für Versicherte, die während der Fortzahlung von Arbeitsentgelt kein Krankengeld erhalten (§ 29 Abs. 2) werden die Beiträge wie folgt ermäßigt:
bei Fortzahlung des Entgelts für mehr als 4 Wochen auf 6 v. H.
bei Fortzahlung des Entgelts für 2—4 Wochen auf 6,6 v. H.
bei Fortzahlung des Entgelts für weniger als 2 Wochen auf 7,2 v. H.

III. Für Versicherte, die während der Erkrankung nur einen Teil des Entgelts (Barlohn der sogenannten Tagmädchen) erhalten und daher Anspruch auf einen Teil des Krankengeldes haben, wird der Beitrag auf 7,2 vom Hundert des Grundlohnes festgesetzt.

Breslau, den 21. November 1931.

Der Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Breslau
gez. Richter.
Mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vorstandes der AOK. zu Breslau nach § 379 RVO. beauftragt.

Breslau

Fundsachen-Versteigerung

Die Fundsachen aus der Zeit vom 1. 4. bis 30. 9. 1931 werden am **Freitag dem 4. Dezember 1931**, vormittags 9 Uhr, in der früheren Omnibushalle, Lohestr. 72, Toreingang, meistbietend gegen Barzahlung versteigert. Die Bekanntmachungen über die gefundenen Gegenstände haben im Rathause öffentlich ausgehangen.

Verwaltung der städt. Straßenbahn

Werbt für die SAZ!

Das 3. Buch der „Roten Bücher" der Marxistischen Büchergemeinde

Unsere Stellung zu Sowjetrußland

Die Widersprüche der russischen Revolution • Die Irrwege und Fehler der Revolutionäre • Der Aufbau im Fünfjahrplan Wie soll man und wie darf man nicht zu Sowjetrußland Stellung nehmen?

MITARBEITER:
Max Adler Wien, A. Gerschenkron Wien, Prof. Hartwig-Prag, F. E. Wolf, Lewy-Berlin, If-Berlin

Neu eintretende Mitglieder können dies. Buch z. Mitgliedspreis von RM 3, erhalten, ohne Verkaufspreis M 4,7

SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung

Bezugspreis: monatlich . . 2,40 RM einschl. Bestellgebühr
wöchentlich 0,60 RM einschl. Bestellgebühr
bei Postbezug 2,10 RM. zuzügl. 36 Pf. Zustellgebühr

BESTELL-SCHEIN

Bestelle zur sofortigen Lieferung durch ..... Exemplar

„SAZ Sozialistische Arbeiter-Zeitung,
Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Name .....
Wohnort .....
Straße .....

Diesen Bestellschein nimmt entgegen: jeder Vertrauensmann und Zeitungsobmann der SAP, der Briefträger, oder schicke ihn an: Sichel Zeitungs-Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin O 27, Magazinstraße 15-16.